

Blaue Post

NR. 9

ZEITUNG DER AFD SACHSEN

KOSTENLOS



Aus dem Inhalt

Seite 6

Fraktion vor Ort

Seite 9

Für ein Europa der Vaterländer!

Seite 13

Frontex als Schleppergehilfen

ab Seite 15

Vorgestellt: Die Direktkandidaten der AfD aus Sachsen

Sachsen- und Deutschland-Fahnen gehören an unsere Schulen!

Nach fast 1,5-jähriger Prozedur der Regierungskoalition wurde am 11. 04. 2017 im Sächsischen Landtag das neue Schulgesetz beschlossen. Obwohl aus Sicht aller Oppositionsfraktionen kein großer Wurf, bringt es gravierende Änderungen und Einschnitte mit sich und legt dabei einen neuen Fokus in der Bildungspolitik.

Hat bisher die Überschrift des § 1 „Erziehungs- und Bildungsauftrag“ der Schule der Erziehung gegenüber der Bildung unserer Kinder den Vorrang eingeräumt, wird dies mit der Neufassung des § 1 weiter forciert. In erster Linie geht es um die Vermittlung von Kompetenzen. Das Wort Wissen taucht im § 1 nicht auf und Begriffe wie Fähigkeiten und Fertigkeiten wurden gestrichen. Mit Kompetenzen lassen sich allenfalls Probleme lösen; es geht um selbstbestimmte Lernprozesse. Die Beschäftigung mit einer Sache, die einen Bildungswert trägt, steht nicht im Vordergrund. Für die AfD-Fraktion steht aber Schule für Wissen und Werte. Wir wollen diese Grundsätze stärken und erhalten. Sie haben sich bewährt und Deutschlands Stellung als Wirtschafts- und Innovationsstandort in der Welt mitbegründet. Dementsprechend brach-

ten wir im Prozess zum neuen Schulgesetz einen Antrag mit dem Ziel ein, der Wissensvermittlung in der Schule weiterhin die höchste Priorität einzuräumen.

Veränderungen bringt auch die Einführung der Inklusion an sächsischen Schulen. Ab sofort können Schüler mit Defiziten in den Bereichen „Lernen“ und „Emotionale-soziale-Entwicklung“ in die Grundschule eingeschult werden. Kinder mit emotional-sozialen Entwicklungsstörungen weisen zum Teil extreme Verhaltensstörungen auf. Die Erfahrungen anderer Bundesländer, die schon seit Jahren



MdL Andrea Kersten



MdL Uwe Wurlitzer

Inklusion umsetzen, werden ignoriert. Zu den Negativ-Beispielen gehören Berlin, Bremen und Hamburg, die in den Bildungstests regelmäßig hintere Plätze einnehmen. Inklusion war daher eines der großen Wahlkampfthemen in NRW. Die dortigen Koalitionsgespräche zwischen CDU und FDP sollen den Stopp der Schließung der Förderschulen beinhalten. In Sachsen spielte das alles keine Rolle. Der Förderbedarf wird verharmlost, der Aufwand für die Betreuung heruntergespielt. Die AfD-Fraktion vertritt die Meinung, dass Kinder mit Förderbedarfe am besten in Förderschulen unterrichtet werden. Nur hier erhalten sie die bestmögliche Unterstützung. Hier stehen ihnen speziell ausgebildete Pädagogen zur Seite, in einer extra auf den Förderbedarf zugeschnittenen Lernumgebung. Mit dem Blick auf ein möglichst selbstbestimmtes, eigenverantwortliches Leben auch von Kindern mit Behinderungen, beinhaltet unser Änderungsantrag daher, die Inklusion an sächsischen Schulen nicht einzuführen.

Ein weiteres Thema im Rahmen der Novellierung des Schulgesetzes war das längere gemeinsame Lernen. Nach Vorstellung der AfD-Fraktion sollen Schüler nach der Grund-

Fortsetzung auf Seite 2

Grußwort

Hochburgen der etablierten Parteien sind nicht mehr sicher!

Liebe Mitstreiter, Freunde und Förderer der AfD, liebe Bürger,



Dr. Frauke Petry

Mitglied des Sächsischen Landtags, Vorsitzende der AfD-Fraktion, Landesvorsitzende Sachsen, Bundesvorsitzende

der traditionelle Parteienstaat ist in der Krise. Die Jahre 2016 und 2017 haben das deutlich gezeigt. Im Vereinigten Königreich entschieden sich die Briten für den Austritt aus der EU, obwohl die großen Parteien bis zuletzt versuchten, ihre Wählerschaft auf Kurs zu bringen. In den USA schaffte es Donald Trump als kompletter Außenseiter sogar bis zum amerikanischen Präsidenten. Obwohl die alteingesessene Administration und die Medien, Trump täglich als „Fremdpartikel“ im Weißen Haus bekämpfen, zeigt das doch umso deutlicher: Hier ist etwas passiert. Der Wähler hat nicht so entschieden, wie der Apparat es will. Auch in Europa ist der Katzenjammer bei Politikern und Journalisten groß, weil die Bürger nicht mehr wie gewünscht abstimmen. In solchen Situationen fällt dann das Wort „postfaktisch“. Für die Menschen spielten Gefühle eine größere Rolle als Vernunft oder Fakten. Dabei ist es genau umgekehrt: In den Redaktionsstuben und Parteizentralen können sich einige nicht mit der Situation abfinden, dass ihre Zeit vorbei ist. Niemand hat einen Patentanspruch auf die Zukunft. Sozialdemokraten wie Christdemokraten, die früher mit mehr als 40 % der Stimmen in den europäischen Ländern die Nachkriegszeit prägten,

sind heute Schatten ihrer selbst. Bei den österreichischen und französischen Präsidentschaftswahlen hat es kein Kandidat der klassischen Volksparteien in die zweite Runde geschafft. Das gab es bisher noch nie. Auch bei der niederländischen Parlamentswahl verloren die Regierungsparteien ordentlich – die Arbeitspartei verlor fast 20 % ihrer Stimmen. Der eigentliche Verlierer war dabei nicht Geert Wilders, der sogar Stimmen dazugewann, sondern Ministerpräsident Mark Rutte. Dessen Viererkoalition steht bis heute nicht.

Auch hierzulande zeigen die Landtagswahlen ein deutliches Bild. Im Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zog die AfD direkt in den Landtag. Auch Hochburgen der etablierten Parteien sind nicht mehr sicher. In Bottrop, Gelsenkirchen, Essen und Oberhausen erreichte die AfD zweistellige Ergebnisse. Die Wahlniederlage war für die SPD deswegen besonders bitter, weil ihre Herzkammer kräftig blutete. Nichts ist mehr sicher – der rote Pott wird blau.

Was ist dann aber mit Emmanuel Macron, der kürzlich in Frankreich gewann? Der Ex-Wirtschaftsminister von Francois Hollande ist Fleisch vom Fleische der französischen Elite. Er ist dabei keine Ausnahme, sondern ein Symptom für das, was geschieht: Macron konnte nur gewinnen, indem er als parteiloser Außenseiter kandidierte. Brüssel und die Medien stärkten dem Investmentbanker dabei den Rücken, denn Macron steht für eine zentralisierte EU. Mit ihm steht die Transferunion vor der Tür.

Wer mehr Macht für Brüssel, mehr Schulden und mehr unqualifizierte Zuwanderung fordert, der führt das Programm der alten Parteien durch die Hintertür fort.

In allen diesen Punkten schwimmt die AfD gegen den Strom. In Deutschland gibt es daher nur eine glaubwürdige Alternative. Im kommenden September wird der deutsche Wähler zeigen, dass er den Etikettenschwindel durchschaut.

schule gemeinsam bis zur 7. Klasse die Oberschule besuchen. Erst danach soll sich entscheiden, wer weiter die Oberschule besucht und wer auf das Gymnasium wechselt. Die sehr frühe Aufteilung der Schüler nach der 4. Klasse entfällt. Mit Blick auf den mittlerweile schlechten Ruf unserer Oberschulen wären in dieser Richtung positive Akzente zu erwarten gewesen. Die Landesregierung muss aktiv für ein besseres Image der Oberschulen eintreten sowie Anspruch und Bildungsniveau unseres Schulsystems stärken. Nicht zu vergessen ist auch die duale Berufsausbildung. Der Akademisierungswahn in Deutschland, nachdem möglichst jeder Abitur machen und studieren soll, hat zu einem Mangel an Auszubildenden und Facharbeitern geführt. Auszubildende werden dringend gesucht. Der Freistaat Sachsen leistet mit seiner Bildungsempfehlung dieser Entwicklung weiter Vorschub. Welches Kind nach der Grundschule das Gymnasium besucht, entscheiden nicht mehr Schule und Lehrer, sondern die Eltern. Rund 50 % aller Grundschüler wechseln an ein Gymnasium. Das Abitur soll aber vor allem eine Studienbefähigung sein. Dafür bedarf es vorab bestimmter schulischer Leistungen, die es auch nachzuweisen gilt.

Die AfD fordert die Absenkung der maximalen Klassenstärke. Klassen mit 28 und mehr Schülern sind nicht zeitgemäß. Die Schüler bringen zunehmend unterschiedliche Voraussetzungen mit. Die Klassen werden immer heterogener. Um den Schulerfolg für jeden zu gewährleisten, ist die Absenkung der Klassenstärke auf maximal 24 Schüler sinnvoll. Nur so können Lehrer überhaupt noch angemessen auf individuelle Stärken oder Schwächen von Schülern eingehen.

Mit einem weiteren Antrag haben wir ein identitätsstiftendes Signal gesetzt und damit tief in die Wunde der links-rot-grünen Nationalitätshasser gestochen. **Unsere sächsischen Schulen sollten täglich mit der Bundes- und Landesflagge beflaggt werden. Flaggen sind Symbole des jeweiligen Landes, also Zeichen der eigenen Identität. Wir finden, dass man stolz auf sein Land sein darf und das auch zeigen kann.**

Eine kostenlose Mahlzeit für alle Schüler an allgemeinbildenden Schulen beinhaltet eine weitere Forderung. Rund 20 % unserer Erstklässler haben Gewichtsprobleme. Falsche oder qualitätslose Ernährung, zu wenig Bewegung oder manchmal gar kein Mittagessen aus finanziellen Gründen: das alles ist Realität. Mit einem kostenfreien Essen hätte der Freistaat Sachsen hier ein klares Zeichen für seine Kinder setzen können. Die Fraktionen von CDU, SPD, LINKE und GRÜNE lehnten geschlossen unseren Vorschlag ab.



AFD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG

Frauke Petry

MdL Andrea Kersten

Die LINKS-Fraktion möchte eine sozialistische Vollversorgung –

Erich Honecker wäre entzückt

Als ich den Antrag der LINKEN (Drucksachennummer 6/9430), der im Mai ins Plenum des Sächsischen Landtags eingebracht worden war, las, hatte ich ein Déjà-vu Erlebnis. Dieses Déjà-vu überkam mich deshalb, weil der Antrag Forderungen enthielt, die mit unseren, bereits eingebrachten, Anträgen deckungsgleich waren. Hier sei beispielsweise auf den Antrag zum Unterhaltsvorschussgesetz (eingereicht am 19. 08. 2016) mit der Drucksachennummer 6/6167 und dem Antrag zur kostenlosen Schülerspeisung (eingereicht am 28. 10. 2016) mit der Drucksachennummer 6/6903 verwiesen. Neben den anderen Fraktionen hat damals auch die LINKS-Fraktion unsere Anträge abgelehnt. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich besonders an den 10. November 2016, an den Antrag der AfD-Fraktion bezüglich kostenlosen Schulessens und an den Redebeitrag hierzu von Frau Kerstin Lauterbach (Fraktion DIE LINKE). Der Vorwurf von Frau Lauterbach damals gegen uns lautete: „Um ein kostenloses und gesundes Mittagessen für alle Schulkinder abzusichern, bedarf es einer gesetzlichen Grundlage.“ Das ist richtig. Allerdings forderte die LINKS-Fraktion in ihrem Antrag vom 26. 04. 2017 das Gleiche und dies ohne gesetzliche Grundlage, deren Fehlen sie uns damals vorwarf. Aber es gibt einen Unterschied, den Frau Lauterbach im November vergangenen Jahres nicht erwähnte. Wir, die AfD-Fraktion, hatten im Rahmen der Haushaltsverhandlungen Ende letzten Jahres parallel eine Änderung im Schulgesetz zur Abstimmung gestellt. Diese war ebenfalls von allen Fraktionen abgelehnt worden.

Weiter führte Frau Lauterbach in ihrem Redebeitrag sogar aus: „Sie haben hier verschiedene Zahlen eingeworfen. 4 EUR pro Mittagessen, wie Sie das wünschen. Es ist ein richtig großer Brocken. Ausrechnen können Sie es sich allein. Die Staatsregierung beauftragen zu wollen, derartige Beiträge ohne Rechtsgrundlage und ohne entsprechende Mittel im Haushalt auszuweisen, zeugt, mit Verlaub, von einem hohen Maß an Weltfremdheit. Das ist weder sozialpolitisch noch finanzpolitisch seriös.“

Wer ist hier unseriös, frage ich mich? Ich kann bei diesen Behauptungen von Frau Lauterbach nur den Kopf schütteln. Abgesehen davon, dass unsere Forderungen nachweislich finanzierbar gewesen wären, musste man berechtigterweise feststellen, dass der Antrag



der LINKS-Fraktion mit vielem bezeichnet werden kann, aber gewiss nicht mit seriös. Denn das, was die LINKEN an Forderungen aufstellten, ging über jenes von uns Geforderte um ein Vielfaches hinaus. Zudem wurde keine Aussage über die Finanzierung getätigt. Die Forderungen, die linkerseits zu Papier gebracht wurden, sind in diesem Umfang auch einfach nicht finanzierbar. So wurde beispielsweise eine Grundsicherung in Höhe von 560 EUR pro Monat für jedes Kind gefordert. Das macht bei 14,5 Millionen Kindergeldberechtigten knapp 8,12 Milliarden Euro pro Monat und etwa 97,4 Milliarden im Jahr nur für die Kindergrundsicherung. Und in Anbetracht dessen, was dann noch obendrein gefordert wurde, wäre dies unter den derzeitigen Bedingungen einfach nicht bezahlbar gewesen. Denn bei einem bundesdeutschen Gesamthaushalt von etwa 320 Milliarden Euro, würden nur die kinderbezogenen Leistungen auf mehr als 100 Milliarden pro Jahr ansteigen. Über die Finanzierung wurde kein Wort verloren und das ließ den Antrag sehr schlecht dastehen. Des Weiteren forderten die LINKEN „arbeitsmarktpolitische Maßnahmen“ und eine „bedarfsgerechte Infrastruktur“. Natürlich habe ich die Frage gestellt, was darunter denn nun genau zu verstehen ist. Eine Antwort erhielt ich leider nicht. Deshalb war das, was die LINKS-Fraktion an diesem Tage ablieferte, eine wahrlich populistische Glanzleistung, die ihresgleichen sucht. So sind sie, die LINKEN: utopisch in ihren

Forderungen, schwammig in ihren Lösungsvorschlägen und verantwortungslos, wenn es um das Bezahlen der Zeche geht. Diese Stringenz der linken Politik lässt sich auch im Partei- und Wahlprogramm der LINKEN wiederfinden. Ich hoffe nur, dass der Wähler das durchschaut und das Kreuz zukünftig bei der AfD macht.

Zudem wollen die LINKEN mal wieder nur die Symptome bekämpfen. Wir müssen doch zuerst dafür Sorge tragen, dass die Menschen mehr selbst erwirtschaftetes in den Taschen haben und somit gar nicht auf die linke, staatliche Vollalimentierung angewiesen sind.

Darüber hinaus sollte vor allem dort unterstützt werden, wo es den Kindern auch direkt zugute kommt – z. B. bei Schülerspeisung, Klassenfahrten, Schulbeförderung und Schulausstattung – und dies ohne dass die Gelder zweckentfremdet oder gar Fehlanreize gesetzt werden können. Daneben verweise ich auch auf unsere Forderungen zum Familiensplitting und einer aktivierenden Grundsicherung.

Wir möchten der Kinderarmut, die wir schwarz-rot-grün-gelb geprägten Bundes- und Landesregierungen zu verdanken haben, den Kampf ansagen und haben dazu bereits eigene Vorschläge gemacht.

Staatlich organisierter sozialer Rundumschlag à la DIE LINKE ist hingegen weder hilfreich noch seriös. Aber es ist ja ein offenes Geheimnis, dass sich die LINKEN mit der sozialen Marktwirtschaft sehr schwer tun und sich mehr zu sozialromantisch-planwirtschaftlichen Denkweisen hingezogen fühlen. Auch deswegen kommen AfD und LINKE bei dieser Thematik einfach nicht zusammen.

Tja, ein Erich Honecker hätte dem Pleite-Antrag seiner politischen Enkel ganz sicher freudig zugestimmt. Doch eine zweite DDR wird es mit der AfD nicht geben!

MdL André Wendt



MdL André Wendt

Standpunkte der AfD-Fraktion zur Landtagsdebatte im Mai-Plenum mit dem Thema:

Solarindustrie:

weltweit im Steigflug, in Freiberg vor dem Absturz? Jetzt Kompetenzen für Sachsens Zukunft sichern!

Drs.: 6/8671 und Drs.: 6/9600



MdL Jörg Urban

Beginnen wir aus gegebenem Anlass mit dem Absturz.

In Deutschland gab es im Jahr 2016 ca. 21.800 Firmeninsolvenzen. In Sachsen wurden im Jahr 2016 rund 5.900 Insolvenzverfahren beantragt, ohne dass der Landtag dazu debattiert hätte und ohne dass Herr Homann von der SPD-Fraktion jedesmal solidarische Grüße ausgesandt hätte.

Das Scheitern von nicht erfolgreichen Unternehmen ist fester Bestandteil selbstständigen wirtschaftlichen Handelns. Das ist übrigens die Grundlage für unseren Wohlstand.

Nicht wenige Firmen gehen aus einer Insolvenz gestärkt hervor, ganz ohne das Eingreifen der Politik.

Nun also Solarworld. Am 11.05.2017 musste das Unternehmen den Insolvenzantrag stellen. Der Insolvenzverwalter hatte gerade erst die Arbeit aufgenommen und schon diskutierte der Sächsische Landtag über die Folgen des Insolvenzverfahrens. Warum sollte die Politik hier nicht abwarten, welche Schritte das Unternehmen, ein neuer Investor und die Mitarbeiter überhaupt unternehmen wollen?

Ich halte es prinzipiell für falsch, wenn wir versuchen, den Landtag dafür zu instrumentalisieren, dass hier jeder sagt: „Ich habe Mitgefühl mit euch.“ Die Leute brauchen

Lösungen, und diese Lösungen werden in allererster Linie von ihnen selbst kommen, von einem neuen Investor, aber nicht von politischen Solidaritätsbekundungen aus dem Sächsischen Landtag.

Warum debattiert der Sächsische Landtag also über Solarworld? Weil Solarworld ein durch und durch politisiertes Unternehmen ist. Geführt von einem ehemaligen GRÜNEN-Politiker, der in den letzten 21 Jahren rund 9 Millionen Euro Gehalt für seine grüne Lobbyarbeit bekommen hat. Dabei aber eine strategisch gesunde Unternehmensausrichtung, die über die reine Massenproduktion hinausgeht, vernachlässigt hat.

Stellvertretend für alle politischen Blender der deutschen Energiewende möchte ich einmal den damaligen Umweltminister der GRÜNEN, Herrn Trittin, aus dem Jahre 2004 zitieren: „Es bleibt dabei, dass die Förderung erneuerbarer Energien einen durchschnittlichen Haushalt nur rund einen Euro im Monat kostet, so viel wie eine Kugel Eis.“ Heute würde man sagen: Fake News!

13 Jahre später wissen wir nämlich, dass man eine ganze Schulklasse einmal im Monat zum Eis einladen könnte.

Hat denn die Politik etwas aus den desaströsen Entwicklungen in der Solarbranche gelernt? Offenbar nicht. Mit dem Klimaschutzplan 2050 – den vor allem CDU und SPD umsetzen und damit 90 Prozent des deutschen CO₂-Ausstoßes einsparen wollen – entsteht wieder ein neuer, ungeheurer Druck auf den weiteren subventionierten Ausbau der erneuerbaren Energien.

Als chinesische Unternehmen anfangen, am deutschen EEG Subventionsgeld segnen mitzuverdienen, begann der Niedergang der deutschen Solarbranche im großen Stil. Nur Unternehmen, die es verstanden, sich zu spezialisieren, gelang eine positive Entwicklung. Viele große Hersteller, mit viel Steuergeld subventioniert, wie Q-Cells, Conergy, Bosch oder Sunways gaben jedoch auf oder mussten Insolvenz anmelden. Die Zahl der Beschäftigten in der deutschen Photovoltaik-Industrie sank von 2012 bis 2015 von 100.300 Mitarbeitern auf nur noch 31.600 Mitarbeiter. Die Verantwortung für diesen dramatischen Einbruch tragen auch die Politiker, die diese Subventionsblase erst

haben entstehen lassen und die heute Krokodilstränen weinen und solidarische Signale nach Freiberg aussenden.

Ich möchte an einen Antrag der LINKEN-Fraktion erinnern, der im Sächsischen Landtag behandelt wurde. Er hieß „Ceta-Freihandelsabkommen ablehnen“. Herr Wöller von der CDU-Fraktion sagte damals: Freihandel sorgt für Arbeitsplätze. Das stimmt, die Frage ist nur, wo? Arbeitsplätze in der Solarbranche sind in China entstanden und zwar maßgeblich mit unserem Steuergeld.

Einige deutsche Solarunternehmen überlebten indes den Niedergang, weil sie sich auf Hochtechnologie und auf Nischenprodukte spezialisierten, zum Beispiel auf hocheffiziente Solarzellen, Solarstrom für Selbstversorger oder Komplettsysteme für Gewerbetreibende sowie intelligente Steuerungen. Solarworld, der Branchenprimus, ging einen anderen Weg. Mit der politischen Initiative „EU pro sun“ setzte man EU Zölle auf Solarpaneele aus chinesischer Produktion durch. Subventionen, Lobbyismus und Protektionismus sind das Geschäftsmodell solcher politischen Vorzeigevisionäre wie Herrn Asbeck; nicht Innovation und Wettbewerb.

Unternehmen und Unternehmer, wie Solarworld und Herr Asbeck, gedeihen dort am besten, wo Politiker versuchen, den Erfolg ihrer Ideologie mit den Steuermilliarden der Bürger zu erkaufen.

Die Zukunft von Solarworld wird davon abhängen, ob der Insolvenzverwalter einen Investor mit einem zukunftsfähigen Geschäftsplan findet, der das Unternehmen – oder zumindest einen großen Teil davon – weiterführt.

Der Verkauf der Betriebsteile von Conergy im Jahr 2014 ist ein ermutigendes Beispiel. So hat der chinesische Hersteller von Solarmodulen, Astronergy, nach dem Kauf des Solarmodulwerks in Frankfurt/Oder 210 der 280 Arbeitsplätze übernommen. Die anderen 70 Arbeitsplätze sind in eine Transfergesellschaft überführt worden. Mittlerweile ist die Zahl der Arbeitsplätze auf rund 300 gewachsen.

Für Solarworld und seine Angestellten, insbesondere in Freiberg, hoffen wir auf eine ähnliche Entwicklung und wünschen dem Insolvenzverwalter dafür viel Erfolg.

MdL Jörg Urban

AfD-Fraktion schaut bei organisierter Kriminalität genauer hin

Kennen Sie das größte Unternehmen der Welt? Google? Nein, das ist die falsche Antwort. Volkswagen vielleicht? Das stimmt für Deutschland und weltweit schafft es der Autokonzern immerhin in die Top 10, aber auch da liegen Sie daneben.

Richtig ist: Die organisierte Kriminalität mit einem Jahresumsatz von geschätzten 800 Milliarden Euro kommt auf Platz eins. Das betont zumindest der Direktor des Zentrums für Europäische und Internationale Strafrechtsstudien (ZEIS), Prof. Arndt Sinn aus Osnabrück. „Erwirtschaftet“ wird diese unvorstellbare Summe mit Drogen- und Menschenhandel, gefälschten Markenprodukten, bandenmäßigem Diebstahl und Straftaten mithilfe des Internets.

Die organisierte Kriminalität fristet in Sachsen ein Schattendasein. Wir wissen wenig über sie und nehmen sie weniger wahr als andere Probleme. Wenn es um die innere Sicherheit geht, dann stehen meistens Extremisten im Mittelpunkt, Hooligans und Einbrecher, bei denen wir von den Medien häufig die Vorstellung mitgeliefert bekommen, sie würden alleine oder mit ein paar Freunden handeln. So wie die Olsenbande. Um hier etwas Licht ins Dunkel zu bringen, hat die AfD-Fraktion eine Große Anfrage an die sächsische Regierung zum Thema „Organisierte Kriminalität im Freistaat Sachsen in den Jahren 2006 bis 2016“ gestellt (Drs. 6/8753). 152 Antworten wollten wir von Innenminister Markus Ulbig (CDU) zu diesem Komplex erhalten, um das Ausmaß und die Akteure des größten Unternehmens der Welt besser einschätzen zu können.

Zu den Tatverdächtigen teilte man uns mit, dass es sich dabei 2006 hauptsächlich noch um Deutsche gehandelt habe. In den Jahren 2006 bis 2009 sollen auch Nordafrikaner recht aktiv gewesen sein. Danach angeblich nicht mehr, was angesichts der Probleme mit Tunesiern, Marokkanern und Algeriern in den letzten Jahren als eine wenig glaubhafte Auskunft angesehen werden muss. Vermutlich haben die Polizei, das Landeskriminalamt (LKA) und die Regierung hier einfach einen zu geringen Einblick in die Organisationsstrukturen der illegal Eingewanderten. Das ist auch kein Wunder, da Flüchtlinge bei der Einreise in keinster Weise überprüft wurden. Laut offiziellen Auskünften ist zuletzt insbesondere die Anzahl der Ost- und Südosteuropäer in der organisierten Krimi-

nalität in Sachsen deutlich gestiegen. 2006 standen hier lediglich vier Personen im engeren Fokus der Behörden. 2015 führte diese Gruppe dagegen die Statistik an. Gegen 45 Ausländer aus dieser Region fanden Ermittlungen statt. Der Anteil der deutschen Tatverdächtigen ging somit von 63,64 % im Jahr 2006 auf 27,40 % im Jahr 2015 zurück. Im Klartext heißt dies: Für fast drei Viertel der organisierten Kriminalität in Sachsen dürfen Ausländer verantwortlich sein.

Der bekannte Vermögensschaden, der durch Deutsche verursacht wurde, ist in den letzten zehn Jahren ebenfalls um 90 % gesunken. Das sind erfreuliche Zahlen, doch wie sieht es bei den ausländischen Tatverdächtigen aus? Ost- und Südosteuropäer sollen im Jahr 2011 einen Vermögensschaden in Höhe von über zwei Millionen Euro angerichtet haben. Seitdem soll der Wert allerdings deutlich gesunken sein (2015: 377.000 Euro), obwohl gegen immer mehr Personen ermittelt wird. Ist das realistisch? Die aktuelle Studie mit dem Titel „Wirtschaftsmacht Organisierte Kriminalität: Illegale Märkte und illegaler Handel“ kommt zu deutlich erschreckenderen Erkenntnissen als die sächsische Regierung. So sei die Anzahl der beschlagnahmten illegalen Waren an der europäischen Außengrenze seit 1998 um 1.000 Prozent gestiegen. Der Rechtswissenschaftler Dr. Arndt Sinn betont trotz dieser Funde, dass die Kontrollen an den Grenzen und die Strafverfolgung dem illegalen Handel überhaupt nicht gewachsen seien und stets hinterherhinken würden. Allein der deutsche Anlagen- und Maschinenbau erleide so durch Produkt- und Markenpiraterie jährliche Verluste in Höhe von 7,3 Milliarden Euro.

Wenn die sächsische Regierung in ihren Antworten auf unsere Große Anfrage Rückgänge bei den erlittenen Vermögensschäden ausweist und an anderer Stelle auch abnehmende Gewinne der organisierten Kriminalität annimmt, so dürfte dies vor allem eine Ursache haben: Wer nicht kontrolliert, kann auch nichts finden. Um die Strukturen der organisierten Kriminalität erst einmal zu erkennen, ist viel Ermittlungsarbeit nötig, die nur geleistet werden kann, wenn dazu ausreichend Personal vorhanden ist. Die sächsische Staatsregierung dürfte also weniger einen Rückgang der Straftaten gemessen haben als vielmehr ihren eigenen Stellenabbau. Hinzu kommt, dass wir eine Dunkel-



MdL Sebastian Wippel

feldstudie brauchen, die von der AfD schon lange gefordert wird.

Zusammen mit meinem Kollegen Carsten Hütter war ich Anfang Mai eine Woche in Italien (Lesen Sie dazu den gesonderten Bericht auf S. 13). Auf einer Reise des Innenausschusses des Landtages erhielten wir Einblicke in die Arbeit der dortigen Sicherheitsbehörden, die weit mehr Erfahrung mit organisierter Kriminalität haben als wir. Zurück in Deutschland musste ich in der Zeitung die Enthüllung lesen, dass in Kalabrien ein Mafia-Clan mindestens 36 Millionen Euro über die Betreuung des zweitgrößten Asylzentrums Italiens in die eigene Tasche umleitete. Die Gelder für dieses Asylzentrum kamen übrigens von der EU aus Brüssel. Das heißt, liebe Steuerzahler: Auch sie finanzieren die Mafia indirekt mit.

Damit so etwas eingedämmt werden kann, müssen wir international besser zusammenarbeiten, Grenzkontrollen durchführen, aber auch vor Ort bei uns in Sachsen viel größere Anstrengungen als bisher unternehmen. Dazu gehören unter anderem Gesetzesverschärfungen: Wir dürfen es z. B. nicht länger zulassen, dass sich vor Gericht Mitglieder der organisierten Kriminalität als harmlose Einzeltäter herausreden können. Notwendig ist es hierzu allerdings, die personellen Verstrickungen aufzudecken. Gelingen wird dies nur, wenn wir nicht länger am Personal sparen. *MdL Sebastian Wippel*

Islam: Religion, Ideologie – oder was?

Veranstaltungsreihe der AfD-Fraktion zum Thema Islamisierung in Sachsen

Eines der wichtigen Themen in der parlamentarischen Arbeit der AfD-Fraktion ist die zunehmende Ausbreitung des politischen Islam in seinen verschiedenen Formen als Salafismus oder durch die Muslim-Brüder.

Die AfD-Fraktion führte dazu eine weitere Veranstaltungsreihe nach dem Schwerpunkt-Thema „Linksextremismus“ in verschiedenen Orten – auch in kleineren – in ganz Sachsen durch. Zu den Vorträgen referierte Jürgen Liminski, freier Publizist und Buchautor, jahrzehntelanger Moderator beim Deutschlandfunk. Die Moderation wurde geführt von Hans-Hermann Gockel, langjähriger TV-Journalist, Sat1, N24.



Podium in „Alte Handelsbörse“ in Leipzig



Das Interview mit Liminski unter www.afd-fraktion-sachsen.de



Jürgen Liminski (Freier Publizist und Buchautor, jahrzehntelang Moderator beim Deutschlandfunk)



MdL Carsten Hütter in Riesa



MdL Uwe Wurlitzer bei der Veranstaltung in Leipzig



Podium in Riesa mit MdL Dr. Kirsten Muster und MdL Carsten Hütter



Linkes „Protestchen“ in Leipzig

Prof. Schachtschneider

als AfD-Experte im Sächsischen Landtag



Prof. Karl Albrecht Schachtschneider

Anfang Mai lud die AfD-Fraktion Prof. Karl Albrecht Schachtschneider zur öffentlichen Anhörung zum Gesetzentwurf der AfD-Fraktion über das Verbot der Gesichtsverschleierung im öffentlichen Raum in den Sächsischen Landtag als Experten ein.

Der renommierte Staatsrechtler machte deutlich, wie tragend für unsere Kultur in Sachsen, Deutschland und Europa das Prinzip des offenen Gesichtes ist. Der Gesichtsschleier ist ein Symbol der Unterwerfung unter Allah, die Scharia und den Mann.

Sinngemäß trug er vor, dass die vom Grundgesetz garantierte freie Religionsausübung durch den Gesetzentwurf nicht beeinträchtigt würde.

Das Tragen des religiös motivierten Gesichtsschleiers in der Öffentlichkeit ist mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Nicht nur unsere Kulturgebiete es, dem Gegenüber ins Gesicht blicken zu können, sondern auch die Innere Sicherheit und Ordnung. Unter einer Verschleierung könne sich jeder verbergen – Mann/Frau, Freund/Freund.

Er führte zudem umfassend aus, dass nicht die Religion über unsere Gesetze bestimmt, sondern unsere Gesetze die Grenzen für die Ausübung aller Religionen festsetzen. Erst

recht für den Islam, eine nicht säkularisierte, in weiten Teilen politische Religion.

Schachtschneider war bis zu seiner Emeritierung 2005 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Erlangen-Nürnberg.

2010 reichten Schachtschneider, Starbatty, Nölling und Hankel u. a. Verfassungsbeschwerden gegen das sogenannte Währungsunion-Finanzstabilisierungsgesetz ein, das die deutschen Hilfszahlungen an Griechenland regelte. Und im Januar 2016 gab Schachtschneider bekannt, die Bundesregierung per Verfassungsbeschwerde zu zwingen, die deutschen Grenzen „gegen die illegale Einreise von Ausländern zu sichern“. Zudem forderte er die Suspendierung von Bundeskanzlerin Merkel und Vizekanzler Gabriel.

Beide Beschwerden wurden teils ohne Begründung abgelehnt.

Seit 2011 ist Schachtschneider zudem Mitglied des Präsidiums des konservativen Studienzentrums Weikersheim, war einer der 68 Hauptzeichner der Wahlalternative 2013 und unterstützt die daraus hervorgegangene AfD, ohne jedoch Mitglied zu sein.

Andreas Harlaß

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der bisherigen Form abschaffen!



Frauke Petry und die medienpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, Kirsten Muster, stellten im März vor der versammelten Hauptstadtpresse ein Konzept der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag zur Erneuerung der zwangsweise zu entrichtenden Rundfunkbeitrag vor. Demnach kosten den Steuerzahler die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mehr Geld als der gesamte deutsche Justizapparat oder der Berliner Pannenflughafen BER. Alternativ soll ein „schlanker Bürgerrundfunk“ her, der sich auf Information, Bildung und Kultur beschränkt. Petry kritisierte ARD und ZDF als parteilich berichtende Medien und fordert die Abschaffung dieser Sender in ihrer jetzigen Form. Die klare Abgrenzung zwischen Information und Kommentar ist nicht mehr erfüllt, die Kosten für Bieterwettbewerbe sind zu hoch. Lieber sollten mehr Bundestagsdebatten übertragen werden, meint Petry. Nur wer das Programm nutze, soll auch bezahlen. Der Einfluss von Vertretern politischer Parteien auf den Rundfunk muss zudem zwingend begrenzt werden.



„Dem Volk aufs Maul schauen“ – Luther heute

Kennen und leben christlicher Werte in unserer Zeit?



MdL Dr. Kirsten Muster

Dieses Thema hatte die CDU/SPD-Regierungskoalition für eine aktuelle Debatte am 17. Mai 2017 im Sächsischen Landtag ausgewählt. Für unsere AfD-Fraktion habe ich dazu mit einem Debattenbeitrag versucht, einige Dinge gerade zu rücken. Was meinte Luther mit der Redewendung „dem Volk aufs Maul schauen“?

Im Gegensatz zu der verbreiteten Auffassung, ein Politiker solle die Meinung oder Stimmung in der Bevölkerung wie ein Meinungsforschungsinstitut einholen, meinte Luther etwas ganz anderes. Er bezog diesen Ausspruch auf seine Übersetzung der Bibel in die deutsche Sprache.

Nachdem er mit Reichsacht und Kirchenbann belegt worden war, hatte ihn der sächsische Kurfürst Friedrich der Weise am 4. Mai 1521 auf die Wartburg bringen lassen. Dort begann er unverzüglich mit der Übersetzung des Neuen Testaments aus dem Griechischen ins Deutsche. Luther wollte den Bibeltext in eine für die einfachen Menschen verständliche Fassung bringen.

Und er schaffte es mit seiner großen Sprachgewalt, er verwendete niederdeutsche und oberdeutsche Sprachelemente gleichwertig. Er hat unsere deutsche Sprache damit entscheidend geprägt. Genau auf diese Übersetzungsarbeit bezog er die Wendung: „dem Volk aufs Maul schauen“.

Er wollte dem Volke keinesfalls nach dem Munde reden. Er wollte einen gut verständlichen Bibeltext schaffen.

„Luther heute“ können wir nur verstehen, wenn wir „Luther und seine Zeit“ kennen. Martin Luther war Theologieprofessor. Das Kernproblem seiner theologischen Überlegungen war: „Wie bekomme ich einen gnädigen Gott? Wie werde ich vor Gott gerecht?“ Seine Antwort darauf: Nicht durch gute Werke, nicht durch eigenständiges Bemühen, sondern nach seinem Bibelverständnis werde der Mensch allein aus Gottes Gnade gerechtfertigt. Das ist allerdings eine Sprache und Begrifflichkeit, die uns heute schwer verständlich ist.

Luthers Rechtfertigungslehre hatte tiefgreifende Folgen und führte zu zwei Schlussfolgerungen:

1. Der Glaube führt zu einer unmittelbaren Beziehung zwischen Gott und den Menschen. Mittler des Glaubens, wie Priester, werden damit fast überflüssig. Nach lutherischer Lehre gebe es das Priestertum aller Gläubigen.
2. Gute Werke, aber auch das Mönchtum und Wallfahrten, verlieren ihre Bedeutung.
3. Folgerichtig geißelte Luther den Ablasshandel in seinen 95 Thesen.

Mit Geld erworbene Ablassbriefe führen nicht zur Vergebung eigener und fremder Sünden.

Mit seiner Bibelübersetzung in die deutsche Sprache wollte Luther auch erreichen, dass alle Bürger Lesen und Schreiben lernen. Er gründete deshalb bereits damals „Volks“-Schulen. Zu einer Zeit, als noch Leibeigenschaft und Analphabetismus herrschten, war dies revolutionär.

Übrigens wollte Luther nie eine lutherische Kirche gründen, sondern den christlichen Glauben und seine Werte wieder in den Vordergrund rücken.

Reformation heißt nach seinem Wortsinn: Erneuerung.

Nun zu den christlichen Werten, die der CDU offenbar so am Herzen liegen.

Sie sind im Wesentlichen in der Bergpredigt im 5. Kapitel des Matthäus-Evangeliums beschrieben. Diese Glaubenssätze gelten jedoch für den einzelnen Gläubigen als Individuum. Christliches Handeln ist an das Bekenntnis zum Christentum geknüpft, staatliches Handeln ist dagegen an das Grundgesetz gebunden. Auch Luther wusste, dass man mit der Bergpredigt keine Politik machen kann. Das hat er in seiner Zwei-Reiche-Lehre, dem göttlichen und dem weltlichen Reich, ausgeführt.

Ein geistiger Nachfahre Luthers, der protestantische Theologieprofessor Karl Barth (1886 – 1968), konkretisierte die Auffassung Luthers von den getrennten Bereichen Staat und Kirche in seiner Schrift „Christengemeinde und Bürgergemeinde“. Vehement verwies er darauf, dass Kirche und Staat unterschiedliche Aufgaben haben und keine Vermengung stattfinden sollte. Er zeigte am Beispiel, dass ein kommunaler Gemeinderat und ein Kirchengemeinderat, die personenidentisch zusammengesetzt sind, bei gleichen Lebenssachverhalten zu unterschiedlichen Entscheidungen kommen können. Christliche Entscheidungen sind nicht mit politischen Entscheidungen deckungsgleich. Der Staat muss Gesetze gegen jede Person im Sinne der Gleichbehandlung und Gerechtigkeit durchsetzen; er kann nicht mit „christlicher Barmherzigkeit“ regieren. Dies ist eine Angelegenheit des Individuums.

Karl Barth hat mehrfach kritisiert, dass die 1946 in Gründung befindliche CDU das Wort „christlich“ im Namen führen wollte. Keine Partei sollte für ihre Politik das Prädikat „christlich“ beanspruchen. Konrad Adenauer hatte sich bekanntlich anders entschieden. Er wollte die norddeutschen Protestanten und die süddeutschen Katholiken (ehemals: Deutsche Zentrumspartei) in einer Partei zusammenführen. Luther hätte gegen diese Namensnennung mit seiner Kritik nicht hinter dem Berg gehalten.

Luther hat sich – für seine Zeit schon sehr modern – immer für eine deutliche Trennung von Kirche und Staat eingesetzt. Zwar noch nicht in dem Sinne, →

wie es unserer staatskirchenrechtlichen Rechtslage heute entspricht – aber immerhin versuchte er die ersten Schritte auf diesem Gebiet.

Er trat nicht für die Umsetzung seiner reformatorischen Werte im staatlichen Bereich ein. Er tat sich auch schwer mit seiner Reformation, sozialen Unruhen und den Bauernkriegen.

Thomas Müntzer, der in den Anfangszeiten der Reformation ein Mitkämpfer von Luther war, setzte sich für eine christliche Demokratie mit Waffengewalt ein.

Er gründete im März 1525 in Mühlhausen sein Gottesreich auf Erden. Er verband die Lehren der Bibel mit sozialrevolutionären Forderungen und starb durch das Schwert. Müntzer wollte letztlich einen „Gottesstaat“ errichten.

Die Bauern forderten 1525 in ihren zwölf Artikeln u. a. die Aufhebung der Leibeigenschaft, freien Holzeinschlag, freie Jagd und freien Fischfang, sowie Abschaffung kostenloser Dienstleistungen. Luther äußerte in seiner Zwei-Reiche-Lehre, dass das Reich der Welt, also des Schwertes, das Böse in der Welt niederhalten und für Frieden und Ordnung sorgen soll. Das Reich Gottes verbindet nach Luther alle Christen in Liebe und Gewaltlosigkeit. In der Welt sollten sie Ungerechtigkeiten der weltlichen Obrigkeit erdulden. Ein Widerstandsrecht, wie es heute in unserer Verfassung festgehalten ist, lehnte Luther ab. Zu den zwölf Artikeln der Bauernbewegung verfasste Luther die Schrift „Ermahnung zum Frieden“ im April 1525. Die Fürsten rief er zur Mäßigung auf. In einer weiteren Schrift mit dem Titel „Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern“ verurteilte Luther den Bauernaufstand. Er tat dies, nachdem er Berichte über grausame Ausschreitungen seitens der Bauernkrieger vernommen hatte.

Wir können unsere Überlegungen zum Thema „Luther heute“ folgendermaßen zusammenfassen:

1. Luther beschreibt ein theologisch begründetes neues Menschenbild. Danach gibt es vor Gott keine Rangordnung. Ausformungen dieses christlichen Menschenbildes finden wir heute in unserem Grundgesetz, Artikel 1 „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ und Artikel 3 „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“.
2. Luther startete mit seiner Bibelübersetzung eine Bildungsoffensive. Alle Menschen sollten Lesen und Schreiben können.

MdL Dr. Kirsten Muster

Auch unser Herz schlägt für Europa, aber für ein Europa der Vaterländer!

Zur Plenarsitzung am 18. 05. 2017 debatierte der Sächsische Landtag auf Antrag von CDU und SPD zum Titel „Unser Herz schlägt für Europa – sächsische Europapolitik in Zeiten wegweisender Entscheidungen“. Wie erwartet wurde von den Antragstellern das Loblied auf Europa und die Europäische Union angestimmt.

Herr Baumann-Hasske von der SPD machte sogar deutlich, dass aus Sicht seiner Fraktion auch nicht an der Umverteilung von Steuergeldern in Europa gerüttelt werden soll. Deutschland wird also nach Vorstellung der Sozialdemokraten weiterhin mit Abstand der größte Nettozahler bleiben.

Hierzu nahm ich dann im Namen unserer Fraktion als europapolitischer Sprecher Stellung, um unsere Vorstellungen zu umreißen. Unser Leitsatz in dieser Debatte: „Auch unser Herz schlägt für Europa, aber für ein Europa der Vaterländer!“

Meine vollständige Rede ist auf dem YouTube-Kanal „AfD-Fraktion Sachsen“ unter folgendem Link abrufbar: https://www.youtube.com/watch?v=elhG_VW7ow8.

Auch wenn die Einflussmöglichkeiten zur Europapolitik auf Landesebene begrenzt sind, so arbeite ich ja für unsere Fraktion seit Beginn der Legislaturperiode im Europaausschuss mit. Unsere einzige wirkliche Einflussmöglichkeit als Ausschuss sind Subsidiaritätsrügen, die sich jedoch aufgrund der Europa-Besoffenheit aller etablierten Parteien schwer genug gestalten. So hat der Europaausschuss erst eine einzige dieser Rügen erfolgreich beschlossen.

Trotzdem haben wir als Fraktion eigene Standpunkte erarbeitet, die sich mit den Forderungen der Bundespartei decken:

Die von CDU und SPD forcierte Entwicklung zu einem zentralistischen EU-Superstaat, verbunden mit einer Aushöhlung nationaler Rechte und einer gemeinsamen Haftungs- und Schuldenunion, ist zum Scheitern verurteilt.

Wir fordern daher die Rückübertragung von Kompetenzen an die Nationalstaaten, die Stärkung nationaler Parlamente und die Konzentration der EU auf die Kernkompetenzen, wie z. B. den europäischen Binnenmarkt als Freihandelszone.



MdL André Barth

Der Euro hat sich als Fehlkonstruktion erwiesen, der die wirtschaftlich schwachen Länder Südeuropas in Verarmung und Arbeitslosigkeit stürzt und den deutschen Steuerzahlern und Sparern neue Lasten aufbürdet. Wir fordern daher die Auflösung der Euro-Währungszone in ihrer jetzigen Form. Die wirtschaftlich schwächeren Länder müssen zu ihren nationalen Währungen zurückkehren, um diese notfalls abwerten zu können, damit sie wirtschaftlich wieder konkurrenzfähig zu werden. Zudem ist die EU für das europäische Asylchaos verantwortlich, durch den Wegfall der Ländergrenzen bei einer gleichzeitig bis heute ungesicherten Außengrenze. Nur wenn die EU-Außengrenzen effektiv geschützt werden, kann das Schengen-Abkommen gelingen. Derzeit muss man es jedoch als gescheitert betrachten und zumindest kurzfristig wieder die nationalen Grenzen schützen.

Viele dieser Positionen können wir auf Landesebene zwar vertreten, aber letztlich nichts wirklich dazu bewegen, selbst wenn diese im Europaausschuss im Landtag mehrheitsfähig wären. Deshalb ist es dringend notwendig, dass wir ab September über eine Bundestagsfraktion verfügen, die auf Bundesebene direkt Einfluss nehmen kann. Nur dann enden die Initiativen unserer Landtagsfraktionen nicht länger wie das Brüllen eines zahnlosen Tigers.

MdL André Barth

AfD-Fraktion fordert flächendeckenden

Breitbandausbau mit 100 Prozent

Förderung für finanzschwache Kommunen in Sachsen!



MdL Mario Beger

Die „Staatsregierung“ schwelgt in DDR-Nostalgie - anstatt sich um die Belange des Landes zu kümmern.

Das vermeintliche Führungsduo Sachsens „Tillig und Dulig“ bedient sich nach zweieinhalb Jahren – eher glückloser – Koalitionsehe schon leichtfüßig der Verhaltensweisen seniler DDR-Politbüromitglieder. Stanislaw Tillig sind diese großspurigen Auftritte ja noch geläufig, war er doch stellvertretender Vorsitzender des Rates des Kreises Kamenz. Beide blicken sich auf niedlichen Pressefotos anscheinend verliebt an und fabulieren über eine Herrschaftsära bis 2024. Das wundert dann sogar den Redakteur des Zentralorgans der SPD. Die „SZ“ schreibt deshalb am 9. Mai: „Schwarz-Rot beansprucht Sachsen“ ... Beansprucht! Anstatt sich in einer, mit spitzem Bleistift geschönten, „Halbzeitbilanz“ auch mit den künftigen Aufgaben und zu bewältigenden Schwierigkeiten bis 2019 auseinander zu setzen, verschließen sie realitätsfern die Augen und schwelgen in Teilerfolgen, die keine sind.

Nehmen wir beispielsweise den flächendeckenden Ausbau der Breitbandversorgung. Der Aktionismus, der hier seit Beginn der Legislaturperiode an den Tag gelegt wurde, ist beachtlich. Allein im Jahr 2016 stößt man auf folgende Mitteilungen:

- **Januar 2016:** das Kabinett verabschiedet die Digitalisierungsstrategie,
- **März 2016:** mit einem Großaufgebot an Ausstellern präsentiert sich der Wirtschaftsstandort Sachsen auf der CeBIT,
- **März 2016:** der Wirtschaftsminister präsentiert ein Strategiepapier und verspricht 100 MBit/s für die Hälfte der sächsischen Haushalte bis 2020,
- **März 2016:** Millionen fließen aus der zweiten Tranche der Digitalen Dividende II in die Haushaltsstelle: „Digitale Offensive Sachsen“,
- **September 2016:** das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr beantragt die Umschichtung von Haushaltsmitteln aus dem Einzelplan 15 hin zur Digitalen Offensive Sachsen
- **September 2016:** Große Anfrage der AfD-Fraktion – rund drei Millionen Euro flossen in Veranstaltungen und Kongresse (2015 Frage 37), 640.000 EUR in die Breitbandförderung (Frage 2),
- **Januar 2017:** es wird ein Breitbandkompetenzzentrum eröffnet.

Nicht potemkinsche Dörfer bestaunen – sondern zukunftsorientiert investieren!

Kein Bürgermeister kann heute ein Neubau- oder Gewerbegebiet ohne Breitbandversorgung erschließen. Diese Tatsache, die die AfD-Fraktion bereits im Vorwort zur

Großen Anfrage mit der Drucksachen-Nr. 6/5472 im Juni 2016 aufgriff, hat bis heute nichts von ihrem Wahrheitsgehalt verloren. Leider wurden in Sachsen aus dieser Tatsache noch immer nicht die richtigen Schlüsse gezogen!

Mit dieser Feststellung will ich dem Staatsminister nun aber keine Untätigkeit vorwerfen. Im Gegenteil, denn ich darf davon ausgehen, dass der Staatsregierung bewusst ist, dass die flächendeckende Breitbandversorgung eine herausragende Infrastrukturaufgabe darstellt. Der Aktionismus der Staatsregierung hat zumindest eines geschafft: er hat den Speicher fast bis zum Rand mit Ideen, Rechtsvorschriften und Geld gefüllt.

Warum hinkt Sachsen im Bundesvergleich aber so weit zurück?

Reflexartig verweist der Staatsminister bei Punkt römisch 1.5 unseres Antrages darauf, dass der Nachholbedarf im statistischen Bundesschnitt gesunken sei. Dieses Ausweichmanöver ist jedoch durchschaubar und wenig hilfreich!

Trotz eines vollen Haushaltstitels „Digitale Offensive Sachsen“ – der allein für das Jahr 2016 eine Minderausgabe von über 19 Millionen Euro ausweist – gibt es ein Finanzierungsproblem. Und zwar nicht auf Bundes-, nicht auf Landes-, sondern auf kommunaler Ebene. Hierbei genügt es nicht, die Kommunen dazu aufzurufen, einen Förderantrag für den Ausbau des schnellen Internets bis zum 31. August zu stellen, wie dies Staatssekretär Brangs auf der Website des Medienservice Sachsen tut. Allein der Umstand, dass es eine Bundes- und eine Landesförderung gibt, hat bisher jedenfalls nicht dazu geführt, dass Sachsen eine vorbildliche Stellung im Bundesvergleich erlangt hat – im Gegenteil!

Es geht immer weiter bergab: Im Jahr 2016 rutschte Sachsen beim schnellen Internet im Bundesvergleich zwischenzeitlich sogar auf den vorletzten Platz ab.

Parallel dazu sank die Investitionsquote der Kommunen im Jahr 2016 deutlich. Welche Schlussfolgerungen ziehen wir daraus? An welchem Ventil müssen wir jetzt drehen?

Die Politik muss handeln!

Wenig hilfreich ist es, den „schwarzen Peter“ auf die Telekommunikationsunternehmen oder auf den gesetzlichen Rahmen des Markterkundungsverfahrens zu schieben. Die hiesige Politik ist der Gesetzgeber! Der Antwort der Staatsregierung auf die Kleine Anfrage meiner Kollegin Silke Grimm (Drucksachen-Nr. 6/8827) lässt sich entnehmen, dass gerade die finanzschwachen Kommunen, also solche ohne ausgeglichenen Haushalt – ganz gleich ob mit oder ohne genehmigten Haushaltsstrukturkonzept –, überproportional nicht an den Förderaufrufen teilgenommen haben.

Genau das ist das zu drehende Ventil: Finanzmittel aus dem Landeshaushalt für die finanzschwachen Kommunen bereitzustellen und mit dem Finanzfluss den Breitbandausbau bewässern, damit auch die Wirtschaft im ländlichen Raum endlich erblühen kann. Da ist der Verweis der Staatsregierung auf die Möglichkeit einer Kreditaufnahme zur Finanzierung des Eigenanteils völlig deplatziert! Dieses Prozedere führt im Wesentlichen nur dazu, dass sich die Kommunen, die schon zu viele Schulden oder zu geringe Einnahmen haben, noch weiter verschulden. Es kann nicht Aufgabe einer Förderung sein, Kommunen weiter in den Schuldensumpf zu treiben. Schulden müssen bekanntlich zurückgezahlt werden, das ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit! Und das gilt umso mehr, weil die Gemeinden aus der Investition keine Einnahmen erwarten können, um den Kredit zurückzuzahlen. Wir wollen auch nicht, dass die Kommunen andere Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht mehr erfüllen können. Ich gehe davon aus, dass es auch nicht die Absicht der Staatsregierung ist, Kommunen zu veranlassen, Schulen und Feuerwehren zu schließen.

Für die Finanzierung des Breitbandausbaus

schlägt die AfD-Fraktion eine andere, unserer Meinung nach bessere Lösung vor. Im Haushalt des Freistaates Sachsen und in dessen Sondervermögen gibt es genug Geld für diese Aufgabe. Warum verwenden wir es nicht, um das Problem zu beseitigen und den Breitbandausbau in Sachsen voranzutreiben?

NRW ist weit vor uns – Sachsen-Anhalt wird uns bald überholen

Wenn der Regierung die eigenen Ideen abhanden gekommen sind, dann sollte sie beispielsweise in die gesetzlichen Regelungen des Landes Nordrhein-Westfalen schauen: Ein Land, das im Bundesvergleich beim Breitbandausbau noch weit vor Sachsen steht und eine entsprechende Regelung für seine Kommunen getroffen hat. Auch Sachsen-Anhalt hat es vor kurzem so umgesetzt und verbucht bereits Erfolge!

Unser Antrag muss schnell umgesetzt werden, denn sonst könnte es am 31. August dieses Jahres heißen: „Der Joghurt ist über dem Datum!“ Das Geld für den Breitbandausbau ist dann zwar nicht weg, aber es ist garantiert woanders!

Notfalls muss eben für finanzschwache Kommunen eine Förderung von 100 Prozent gewährt werden, um den Breitbandflickenteppich endlich vollständig zu stopfen! Zur Erinnerung: Das Grundgesetz verpflichtet den Bund nach Art. 87 f Absatz 1, die flächendeckende Telekommunikation zu gewährleisten. Wenn wir diese Aufgabe als Land nun freiwillig übernommen haben, dann ist es unverschämte, den Kommunen die Kosten für unsere Freigiebigkeit aufzubürden!

Selbstverständlich haben sämtliche Fraktionen im Mai-Plenum mit abenteuerlichen Argumenten unseren Antrag abgelehnt!

MdL Mario Beger



Pippi Nahles



MdL Karin Wilke

Pippi Nahles-Langstrumpf wirft ihre verschatteten Geistesblitze bis in den Sächsischen Landtag.

Auf Antrag der Linken debattierte der Sächsische Landtag am 18. Mai die soziale Gerechtigkeit im Osten anhand der Alterssicherung der Selbstständigen. Der Wahlkampf lässt grüßen. Ich hatte die Freude, für die AfD-Fraktion zu antworten.

Worum ging es? Rund 50 Prozent der Selbstständigen haben keine ausreichenden Rücklagen bilden oder andere Vorsorge für ihr Alter treffen wollen oder können. Darunter sind viele sogenannte Solounternehmer, also solche, die mitunter in die Selbständigkeit geflüchtet sind, weil sie es leid waren, unter der Knute der Hartz IV-Aufseher leben zu müssen.

Man kann sich also vorstellen, dass deren Erträge anfänglich kaum über dem Mindestlohn liegen. Trotzdem werden sie von den Krankenkassen mit einem fiktiven Sockelertrag von 2.231 Euro veranschlagt und müssen gleichzeitig beide Beitragsanteile zahlen.

Fortsetzung auf Seite 12

Pippi Nahles-Langstrumpf

wirft ihre verschatteten Geistesblitze bis in den Sächsischen Landtag.

Fortsetzung von Seite 11

Da bleibt wenig Spielraum für langfristige Sparpläne und entsprechende Rentenbeiträge. Es müssen ja auch noch investiert, Steuern gezahlt und der Lebensunterhalt bestritten werden. Die Sorgen dieser Selbstständigen sind also begründet.

Statt darüber nachzudenken, wie wir diesen Mutigen die schwierige Situation erleichtern können, denkt die Arbeitsministerin über genau das Gegenteil nach.

Frau Nahles, die „begnadete Sängerin aus dem Bundestagskindergarten“, braucht für ihr Renten-Pyramidenspiel neue Einzahler, sonst droht es zu platzen.

Da sich immer deutlicher abzeichnet, dass die Millionen herbeigelockter Sozialhilfeempfänger in absehbarer Zeit weder ihren Unterhalt noch unsere Renten bezahlen können, bleibt der sozialen Gerechtigkeit der Sozialdemokratie nichts anderes übrig, als ein Loch mit neuen Löchern und künftigen Verpflichtungen zu stopfen. Drei Millionen Selbstständige sollen demnach zwangsverpflichtet werden, für etwas zu zahlen, was sich mit Sicherheit nicht auszahlt. Denn die Rente ist eben nicht sicher, für niemanden.

Ein Generationenvertrag ohne ausreichend nachgeborene Generationen kann nicht nur

scheitern, er muss es nach Adam Riese sogar.

Auch eine private Vorsorge hilft nicht aufs Fahrrad. Die Nullzinspolitik der EZB zerstört jede vernünftige Kalkulation. 436 Milliarden Euro kostet den deutschen Sparer bis heute allein der Zinsverlust, hat die DZ Bank berechnet. Dagegen hilft auch keine Flucht in Sachwerte, wie Immobilien, Aktien, Gold oder ähnliches. Wo wirtschaftliche Unvernunft regiert, gibt es keinen Schutz vor Wertverfall und Altersarmut. Jedenfalls nicht für die Masse der Bevölkerung, ob selbständig oder abhängig beschäftigt. Jeder halbwegs Vernünftige, der sich den Risiken der Selbständigkeit aussetzt, weiß das.

Was also tun, wenn jeder gute Rat teuer ist?

Zunächst brauchen wir einen ehrlichen und gründlichen Kassensturz aller Verbindlichkeiten, die unser Staat eingegangen ist. Im Bereich der Alterssicherungen sind das die Bundesversicherungsanstalt und alle ähnlichen Nebenorganisationen sowie die Beamtenpensionen.

Das Ergebnis wird ein Desaster sein, denn über nennenswerte stille Reserven verfügt

weder die Bundesversicherungsanstalt noch der Staat. Unser Altersvorsorgesystem ist hoffnungslos überschuldet.

Natürlich schlummern die Zahlen schon in den Rechnern der Sozialversicherungsträger. Holen wir sie aus dem Wachkoma. Erst dann können wir Belastungsgrenzen des Systems wirklich einschätzen und versuchen, eine gerechte Verteilung der Lasten auf wirklich alle zu ermitteln. Unsere demografischen Probleme haben wir nämlich gemeinsam zu verantworten. Die Traumzeit im Schlaraffenland Deutschland wäre nach einem solchen Kassensturz endgültig vorbei.

Im Rahmen einer systematischen Reorganisation sollte man dann darüber nachdenken, ob sich für die sehr unterschiedlichen Leistungsfähigkeiten und Umstände der Selbstständigen aus den berufsständischen Modellen der Freien Berufe eine passende Lösung ableiten lässt.

Ganz sicher aber werden die durchschnittlichen Belastungen so hoch sein, dass wir uns künftig keinen derart gefräßigen Staat mit seinen Steuern und Abgaben mehr leisten können. Der Staat muss aufhören, Geld für sich selbst zu verschwenden, z. B. für Umerziehungsmaßnahmen oder offene Grenzen.

Es ist ein unhaltbarer Irrglaube, unsere neu hier Lebenden könnten in absehbarer Zeit einen nennenswerten Beitrag zum Brutto-sozialprodukt beisteuern. Das ginge nur, wenn wir unsere Wirtschaft auf das Niveau der dritten Welt absenken würden. Das will niemand, auch die Neuen nicht.

Selbst wenn wir all das bezahlen könnten, gehörten Überlegungen für ein bedingungsloses Grundeinkommen in den Papierkorb der Geschichte. Ganz einfach, weil sich Arbeits- und Risikobereitschaft wieder lohnen müssen: Nur davon leben wir auch oder gerade in Zeiten des demografischen Wandels.

Wir dürfen dem Moral Hazardeur, wie es die Wissenschaft nennt, keine zusätzlichen Anreize bieten. Das BAMF muss aufhören, selbst Deutsche zu Asylbewerbern zu machen. Den NGOs müssen die Geschäfte mit Asylsuchenden und deren Schleppern untersagt werden. Den Drogenkartellen gehören die Ameisenwege gekappt.

Dann klappt es auch mit einer solidarischen Altersvorsorge. Für alle, auch in Sachsen.

MdL Karin Wilke



Eine Stellungnahme von MdL Carsten Hütter

Frontex – Die bezahlten Schlepper!

Nachdem „deutsche Interessen“ bereits erfolglos am Hindukusch „verteidigt“ wurden, geht unsere Regierung nun dazu über, die deutsche Grenze in Afrika zu verteidigen zu wollen. Dieser staatliche Irrsinn ist nicht nur weltfremd, er ist auch wenig effektiv und kostet den Steuerzahler Millionen.

Aber eins nach dem anderen!

Mit meinem Fraktionskollegen Sebastian Wippel nahm ich vom 7. bis 13. Mai an der Reise des Innenausschusses des Sächsischen Landtages nach Italien teil. Jeder Ausschuss unternimmt einmal in der Legislaturperiode eine Reise in ein anderes Land, zum Austausch von Informationen und gegebenenfalls Festigen von Partnerschaften. Für die Mitglieder des Innenausschusses ging es dieses Mal also nach Südeuropa, dort wurden insbesondere die Themen Innere Sicherheit und Migration besprochen. Das ergibt dort auch Sinn, schließlich verfügt Italien über eine EU-Außengrenze. Unsere Reise führte uns unter anderem zu einem Auffang- und Abschiebecamp für Asylbewerber auf Sizilien, direkt nach Palermo und Catania, aber auch nach Rom. Wir hatten die Möglichkeit mit verschiedenen Regierungsvertretern zu sprechen und konnten uns selbst ein Bild von der Lage vor Ort machen.

Nun ist man ja, gerade als AfD-Politiker, ein wenig gewöhnt. Was auf dieser Reise aber zu erfahren war, hat mich schockiert und findet in den deutschen (Leit-)Medien – wie so häufig bei dem Thema – keine Erwähnung. Während man sich in Deutschland gerade in der Dauerschleife Gedanken darüber macht, ob und welche Bilder von deutschen Politikern in deutschen Kasernen aufgehängt werden dürfen, steht in Italien die nächste Flüchtlingskrise ins Haus, die nur darauf wartet, abermals nach Deutschland durchzuschlagen zu können. Das Wort „nächste“ ist dabei zugegebenermaßen nicht ganz korrekt, denn eigentlich ist die Flüchtlingskrise nie vorbei gewesen.

Durch das Schließen der Balkanroute und den sogenannten Türkei-Deal konnte ein so hoher Flüchtlingszustrom wie 2015 und 2016, mit insgesamt über 1,2 Millionen gestellten Asylanträgen, zwar abgemildert werden, aber allein von Januar bis April dieses Jahres wurden 76.930 weitere Asylanträge in Deutschland gestellt.

Wie in Sizilien zu beobachten ist, führen die Routen der Migranten nun vermehrt über das Mittelmeer, vom nordafrikanischen Libyen aus nach Europa.

Es verwundert nicht, dass es seit geraumer Zeit Länder wie Italien und Griechenland bei der Sicherung ihrer Außengrenzen Unterstützung von der EU fordern. Sie argumentieren, dass sie quasi den Job für alle anderen Länder erledigen, da es sich ja auch um die Grenzen der EU handelt.

Was allerdings mehr als verwundert ist, ist der Umstand, wie das Ganze umgesetzt wird. Bekannterweise wird insbesondere Frontex, die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, zum Schutz der Grenzen eingesetzt.

Was aber weit weniger bekannt sein dürfte, ist die Tatsache, dass Frontex nicht bewacht, sondern vielmehr noch weitere Migranten nach Europa einlädt und deren Leben aufs Spiel setzt.

Wie das kommt, ist durch ein Gespräch mit einem Frontex Regionalleiter bei der Europäischen Union Regional Task Force (EURTF) in Catania klar geworden.

Er berichtete uns, dass nach einem Unglück mit über 500 Toten im Jahr 2015 beschlossen wurde, die Such- und Rettungsaktivitäten (nicht Abwehraktionen!) bis an die Seeaußengrenzen Afrikas auszudehnen. Frontex managt diese Aktivitäten dabei aber nicht. Es leiste nur einen Beitrag.

„Die Flüchtlingsboote starteten zumeist in Libyen, riefen aber schon vor Verlassen des Ufers die Zentrale in Rom an, um dann bei Erreichen der 12 Meilen Zone, entsprechend dem internationalen Seerecht, gerettet zu werden!“

Die Rettungsschiffe werden dann gezielt dorthin geschickt, wo die Schlepper es vorab per Handy verortet haben. Die italienischen Telefonnummern würden den Schleusern häufig von NGOs zugeschanzt, so der Frontex Mitarbeiter.

Er führte weiter aus, dass nicht Frontex über die „Seenotrettungsaktionen“ entscheide, sondern die Zentrale in Rom, also die italienische Regierung.

Das internationale Seerecht gebiete es, die Schiffbrüchigen in das nächste sichere Land zu bringen. Libyen gelte in diesem Sinne nicht als sicheres Land, in Ägypten gehe niemand ans Telefon und Malta sei zu klein. Also würden die Menschen nach Italien gebracht.



MdL Carsten Hütter

Aber damit noch nicht genug des Ganzen. Eine neue Methode bestehe darin, dass die Schlepper mit kleinen Schnellbooten an die Frontex-Rettungsschiffe heranfahren, um die geleerten Schlauchboote unter Androhung von Waffengewalt an sich zu nehmen und nach Libyen zurückzubringen.

Mit anderen Worten: Die Schleuser nutzen die Vorgehensweise der EU aus, sie lassen Frontex de facto ihre eigene „Arbeit“ erledigen. In Kenntnis des Seenotrettungsrechts werden die Migranten in besonders seuntüchtige und billige Holz- oder Gummiboote gesetzt. Diese sind oft mit Motoren bestückt, die gerade so eine Reichweite von 12 Meilen durchstehen.

Da die „neue“ Rettungspraxis der EU noch mehr Migranten zur gefährlichen Überfahrt anspricht, ist die Zahl der Todesopfer in letzter Zeit erheblich gestiegen. Der Frontex Mitarbeiter sprach von einem Anstieg um ca. 110 % seit dem letzten Jahr.

Schließlich misslingen Rettungsanrufe auch oder werden gar nicht erst getätigt, Rettungskräfte finden die Migrantenboote mitunter nicht oder es sind einfach zu viele davon unterwegs.

Ende vom traurigen Lied ist, dass durch zusätzliche Steuergelder, die schlussendlich teilweise auch aus Sachsen stammen, mehr Menschen bei dem Versuch der Überfahrt sterben.

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

Im Oktober 2016 führte der EU-Kommissar für Migration und Innenpolitik, Dimitris Avramopoulos, aus, dass die Mitarbeiterzahl von Frontex bis 2020 auf über 1.000 verdoppelt werde, und Frontex ein Jahresbudget von über 320 Mio. Euro erhalten würde.

Er betonte, dass „unsere Türen offen sind für die, die internationale Hilfe brauchen, aber geschlossen für die, die unsere Grenzen illegal überqueren wollen“.

Was die Italiener wohl von solchen Äußerungen halten?

Aktuell befinden sich allein in Italien etwa 200.000 Flüchtlinge, die nicht anerkannt wurden und nun illegal im Land herumziehen. Eigentlich sollten diese abgeschoben werden, stattdessen kommen täglich neue dazu – allein dieses Jahr 44.000. Viele versuchen sich nach Deutschland durchzuschlagen. Rückführungen scheitern u. a. häufig an fehlenden Rückführungsabkommen mit den Staaten der Subsahara, von wo aus sich immer mehr Migranten auf die Reise nach Europa machen.

Der Präfekt Dott. Giovanni Pinto, Vertreter der Generaldirektion für Grenzpolizei und Immigration im Innenministerium in Rom, führte uns Abgeordneten gegenüber aus, dass Italien jährlich allein ca. 4 Milliarden Euro für die Rettung und Aufnahme von Migranten ausbebe. Wenn der Ansturm der Migranten so anhielte, ist davon auszugehen, dass eine Steigerung zum Vorjahr um 40 % erfolge.

Der Regierungsvertreter wies weiter darauf hin, dass die Rückführungsversuche zumeist daran scheiterten, dass die Herkunftsländer keine Ausweise ausstellten. Diese wollten keine Abkommen schließen, wegen der

demographischen Situation in ihren Ländern und weil die Migranten aus Europa Geld an ihre Familienangehörigen überwiesen.

Vor dem Hintergrund, dass neben den nicht anerkannten Asylbewerbern viele zehntausende anerkannte auf Umverteilung innerhalb der EU warten, hat Herr Mario Morcone, Kabinettschef des italienischen Innenministers, den wir ebenfalls in Rom traf, gesagt, dass „wir nach den Wahlen in Deutschland auf europäischer Ebene deutliche Worte finden müssen“.

Ein italienischer Regierungsvertreter hat damit bestätigt, dass wegen der kommenden Bundestagswahl im September die anstehenden weiteren Probleme der Massenmigration vorerst „unter der Decke gehalten“ werden sollen.

Da unsere, zumeist gleichgeschaltete, Presse bei diesem Spiel mitspielt, wird das auch größtenteils gelingen.

Hiergegen richtet sich dieser Beitrag. Mit dem Slogan „Mut zur Wahrheit“ bin ich und die gesamte AfD-Fraktion angetreten. Wir reden Tacheles und genau das ist der Grund, warum der politische Gegner so über die AfD herfällt.

Nur wenn Missstände angesprochen werden, können diese auch gelöst werden. Vor dem Hintergrund der wieder ansteigenden Todesfälle im Mittelmeer, ist mit der aktuellen Vorgehensweise jedenfalls niemandem geholfen.

Und auch der Vorstoß unseres Innenministers de Maizière, das Problem in Libyen zu lösen, wird scheitern. Der Vorschlag, die Grenze zwischen Libyen und dem Niger mit EU-Hilfe zu „sichern“, so dass Migranten aus der Subsahara gar nicht erst bis ans Mittelmeer und schlussendlich nach Europa gelangen, wird abermals ins Leere laufen.



MdL Carsten Hütter

Bis zum jetzigen Zeitpunkt ist immer nur eines passiert. Je weiter man den „Grenzschutz“ Deutschlands in die Ferne verlagerte, desto schlechter funktionierte er. Das Problem wurde stets nur verschoben, nicht gelöst.

Am Ende des Tages bleibt festzustellen:

Von deutschen Steuergeldern (mit-)finanzierte Kriegseinsätze sollen fremde Länder stabilisieren, was nicht gelingt. Von Steuergeldern werden dann Flüchtlinge in Deutschland versorgt; viele von ihnen sind eigentlich ausreisepflichtig. Da Abschiebungen schlecht gelingen, werden noch mehr Steuergelder für die sogenannte freiwillige Rückkehr ausgegeben. Gleichzeitig sammelt der – von Steuergeldern finanzierte – europäische „Grenzschutz“ weitere Migranten ein, während die EU mit dem Ausland schlecht funktionierende, von Steuergeldern bezahlte, Abkommen schließt.

Dieser Irrsinn muss beendet werden und es gibt auch eine einfache Lösung.

Die Grenze muss möglichst heimatnah geschützt werden. Asylanträge dürfen nur in den Herkunftsländern bzw. in deren Nähe befindlichen Auffangzentren gestellt werden. Wenn Migranten tausende von Kilometer und über ein Meer flüchten können, erreichen sie auch eine näher gelegene Auffangeinrichtung. Der Einsatz von Steuergeldern dafür ergäbe tatsächlich Sinn. Alles andere ist nichts weiter als staatlich finanziertes Schlepperwesen.

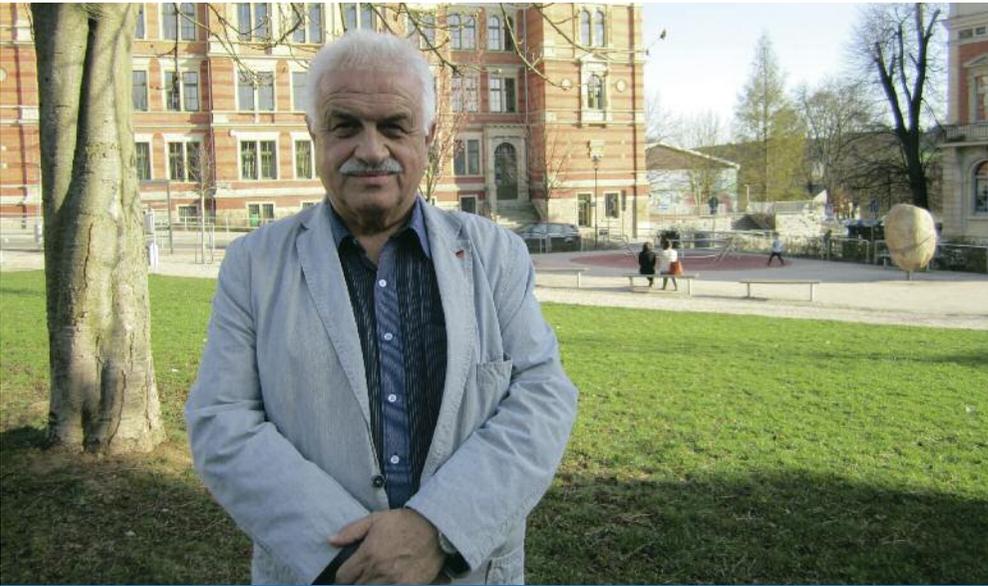
MdL Carsten Hütter
Sicherheitspolitischer Sprecher
AfD Fraktion Sächsischer Landtag



Fregatte Hessen bei der Seeversorgung

Ulrich Lupart

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Vogtlandkreis



Ulrich Lupart in seiner Heimatstadt Oelsnitz

Politiker und Ehrenamtler

Ehrenamtliche Arbeit ist wichtig für ihn. Gerade eben wurde Ulrich Lupart für vier weitere Jahre ins Präsidium des Kreissportbundes Vogtland gewählt. Seit 2005 trägt er dort Mitverantwortung für fast 38.000 Mitglieder – gut ein Drittel davon Kinder- und Jugendliche. „Eine schöne Aufgabe, die ich um nichts in der Welt missen möchte“, sagt der frühere Hobby-Boxer.

Wenngleich der 65-Jährige bei den 175 Delegierten des Oelsnitzer Kreissporttages diesmal mehr Gegenwind erfuhr als bislang. 26 Nein-Stimmen und 29 Enthaltungen gab es für die Personalie Lupart beim Votum über die Zusammensetzung des Leitungsgremiums. „Das hängt natürlich damit zu-



Ulrich Lupart (r.) im Gespräch mit Václav Klaus (l.) und Nico Köhler, Direktkandidat für den Wahlkreis Chemnitz.

sammen, dass ich jetzt für die AfD kandidiere. Aber mit so etwas kann ich leben. Einstimmig wird man für mich wohl nie sein.“ Schließlich war Ulrich Lupart schon immer ein Querdenker. Er legte sich als Kreisrat – lange Zeit in den Reihen der DSU – gerne mit dem früheren Landrat Tassilo Lenk (CDU) und dessen Verwaltung an. Etwa, wenn es um explodierende Kosten und Bauverzug beim Umbau eines Plauener Kaufhauses zum Landratsamt ging. Das wurde mit gut 51 Millionen Euro rund zwölf Millionen teurer als geplant und statt 2013 erst 2017 fertig.

Und auch bei Lenks Nachfolger, Rolf Keil (CDU), spricht er Probleme an. Beispielsweise wenn es darum geht, welche Mehrkosten ein neues Müllkonzept für Bürger mit sich bringen kann und ob das vielleicht sogar mit einer Müllverbrennung verbunden sein wird.

Auch verlangt er vom Landkreis mehr Anstrengungen, anerkannten Flüchtlinge Arbeit zu verschaffen. „Die Zahl 18 in zwei Monaten ist mir eindeutig zu wenig“, so Lupart mit Blick auf den jüngsten Vogtland-Asylbericht. Dort ist von knapp 2.300 Zuwanderern die Rede, von denen etwa ein Drittel als anerkannte Flüchtlinge erwerbslos gemeldet sind.

Sprachunterricht, wie er jetzt zwar forciert werden soll, sei die eine Sache. Darüber hinaus müssten Unternehmen aber Praktikumsplätze, besser noch Jobs, anbieten, so

Lupart. Und von Bund und Land fordert er, dass abgelehnte Asylbewerber konsequent abgeschoben und für Neuankömmlinge die Grenzen geschlossen werden.

Nicht nur, weil gerade Wahlkampf ist, sondern weil so etwas die Leute eben bewegt. Und die Menschen interessieren noch eine ganze Menge mehr.

Als Lupart kürzlich verkündet hat, dass er den früheren tschechischen Präsidenten Václav Klaus zu einer AfD-Veranstaltung ins Vogtland eingeladen habe, meldete sich umgehend die Interessenvertretung der Heimatvertriebenen.

Deren Forderung: Klaus mit den Beneš-Dekreten konfrontieren. Diese gehen mit Edvard Beneš auf einen Vorgänger von Klaus zurück und bildeten die Grundlage der massenhaften Vertreibung Sudetendeutscher nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Die immer noch rechtskräftigen Dekrete sind Hauptstreitpunkt zwischen Vertriebenenverbänden und dem Nachbarland.

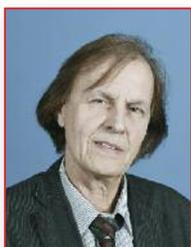
„Natürlich werde ich Klaus, sollte er meiner Einladung folgen, danach fragen“, verspricht Lupart und wünscht sich, dass ihm die Menschen noch mehr von ihren Sorgen und Nöten, aber auch von erfreulichen Dingen berichten, die er gegebenenfalls dann ab September mit nach Berlin nehmen kann.

Sollte es mit dem Sitz im Bundestag klappen, will er auf seine Ehrenämter übrigens nicht verzichten. Neben dem Präsidiumsplatz im Kreissportbund ist das noch die Präsidentschaft beim Turn- und Sportbund seiner Heimatstadt Oelsnitz. Das seien schließlich Funktionen, die ihn schon seit Jahren mit den Menschen vor Ort verbinden. „Und das soll auch so bleiben.“ *Ulrich Lupart*



Ulrich Lupart (l.) im Gespräch mit Václav Klaus, der gerade eines seiner Bücher signiert.

WK Nordsachsen
Detlev Spangenberg
(Seite 22)



WK Meißen
Carsten Hütter
(Seite 26)



WK Leipzig 1
Christoph Neumann (Seite 20)



WK Leipzig 2
Siegbert Droese
(Seite 25)



WK Landkreis Leipzig-Land
Lars Herrmann (Seite 27)



WK Zwickau
Benjamin J. Przybylla
(Seite 21)



WK Vogtland
Ulrich Lupart (Seite 15)



WK Erzgebirge 2
Ulrich Oehme (Seite 24)



WK Erzgebirge
Karsten U. Teubner (Seite 23)



WK Chemnitz
Nico Köhler (Seite 30)





WK Mittelsachsen
Prof. Heiko Hessenkemper (Seite 28)



WK Dresden 2/Bautzen 2
Anka Willms



WK Bautzen 1
Karsten Hülse (Seite 29)



WK Görlitz
Tino Chrupalla (Seite 31)



WK Sächsische Schweiz/Osterzgebirge
Dr. Frauke Petry (Seite 19)



WK Dresden 1
Jens Maier (Seite 18)



LANDESVERBAND SACHSEN

Überblick der Direktkandidaten

Jens Maier

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Dresden 1



Jens Maier

Haltung zeigen!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, liebe Mitstreiter,

ich wurde am 19. 11. 2016 für den Wahlkreis Dresden 1 zum Direktkandidaten der AfD für die Bundestagswahl 2017 gewählt und erreichte später bei der Landeswahlveranstaltung den Listenplatz 2 in Sachsen. Ich bin 55 Jahre alt, verheiratet, habe zwei Kinder und bin seit fast 20 Jahren als Zivilrichter tätig. Davor arbeitete ich als Dozent an einer Fachhochschule und als Staatsanwalt. Ich bin seit April 2013 in der AfD und dort als Richter am Landesschiedsgericht und als stellvertretender Leiter der Ortsgruppe Nordost des KV Dresden tätig. Darüber hinaus bin ich stellvertretender Ortsbeirat in Dresden-Blasewitz.

Wofür stehe ich, wo bin ich politisch einzuordnen? Um das näher darstellen zu können, zunächst mal eine Frage an Sie: Was halten Sie in der momentanen Situation für das Grundübel unserer Zeit, von dem sich alle anderen Probleme ableiten lassen? Haben Sie darauf eine Antwort? Gibt es das überhaupt? Ich denke schon.

Ich meine, dass dieses Grundübel darin besteht, dass es keinen offenen Meinungsdiskurs mehr gibt. Wir befinden uns in einem von der derzeit amtierenden politischen Funktionselite und den von ihr gesteuerten Medien geschaffenen Meinungskorridor,

der das offene Wort und eine darauf gründende Meinungsbildung verhindert oder jedenfalls erheblich erschwert.

Nur dadurch ist es beispielsweise möglich, dass wie selbstverständlich hingenommen und nicht hinterfragt wird, warum Asylbewerber überhaupt integriert werden müssen. Das Asylrecht schafft seinem Wesen nach lediglich ein temporäres Aufenthaltsrecht. Wenn die Bedingungen im Heimatland wieder besser sind, dann hat nach der geltenden Rechtslage der anerkannte Asylanter dorthin zurückzukehren. Das ist in der Vergangenheit bei den Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien auch schon so praktiziert worden. Asylbewerbern oder auch nur subsidiär Schutzberechtigten werden aber praktisch ein Status wie einem Einwanderer zuerkannt und dies wird der Bevölkerung als völlig normal und richtig verkauft. Wer das anders darstellt, ist ein „böser Rechter“.

Wussten Sie, dass mittlerweile etwa 50 % aller Gesetze – auch mit innenpolitischem Bezug – auf Verordnungen und Richtlinien der EU zurückgehen? Der deutsche Gesetzgeber als Vollzugsorgan der EU. Die EU, ein bürokratisches Monstrum, mit zweifelhafter demokratischer Legitimation, ein Elitenprojekt von Anfang an, bestimmt praktisch unser aller Leben, ohne dass man hiergegen irgendetwas machen kann. Hinzu kommt, dass der EuGH kein wirklich unabhängiges Gericht ist, wie beispielsweise der Bundesgerichtshof.

Wir halten fest: Es gibt keine wirkliche Meinungsfreiheit mehr, weshalb es möglich ist, den Rechtsstaat mehr und mehr auszuhöhlen und schlussendlich auch durch die Übertragung von Souveränitätsrechten auf supranationale Organisationen, die Demokratie selbst abzuschaffen.

Nur so ist es möglich, eine Willkommenskultur von oben zu verordnen.

Niemand wurde gefragt, ob er das wirklich will, dass in der Mehrzahl ungebildete Menschen aus fremden Kulturen, ohne Chance, in dieser Gesellschaft wirklich erfolgreich zu sein, in Millionenstärke in dieses Land „eingeladen werden“ und vom Steuerzahler ernährt werden. Niemand wurde gefragt, ob er den Euro haben will. Niemand wurde gefragt, ob er Hoheitsrechte nach Brüssel abgeben will. Niemand wurde gefragt, ob er CETA oder TTIP haben will.

Da, wo man die Menschen gefragt hat, haben sie „Nein“ gesagt. Zuletzt in Großbritannien bei der Abstimmung über den Brexit.

Mir geht es darum, diese Entwicklung aufzuhalten und umzukehren. Manche werden fragen, ob das noch möglich sei. Da kann ich nur antworten: Was soll man denn sonst machen? Sich in seine Nische zurückziehen und gar nichts machen? Welche Zukunft wollen wir unseren Kindern hinterlassen?

Diese Entwicklung kann nur aufgehalten werden, wenn den Bürgern mehr Mitsprache eingeräumt wird, wenn Formen der direkten Demokratie etabliert werden. Denn die Bürger in unserem Land wurden nicht gefragt: weil man sie gar nicht fragen musste, weil es gar keine Möglichkeit für den Bürger gab, sich da einzubringen. Das will ich ändern. Ich will, dass zugehört werden muss, dass „Ihnen“ zugehört werden muss.

Wenn man Ihnen oder der Mehrheit von Ihnen zuhören würde, dann wäre Schluss mit millionenfacher Einwanderung, dann wäre Schluss mit der Bankenrettung, die als Eurorettung verkauft wird, dann wäre Schluss mit der EZB-Zinspolitik, die es den Superreichen ermöglicht, noch reicher zu werden und den Großteil der Bevölkerung verarmen lässt, dann wäre Schluss mit dieser Form der Energiewende, die Deutschlands Wirtschaft schädigt und Sie teuer zu stehen kommt, dann wäre Schluss mit gebührenfinanzierten Medien, die sich als Hofberichterstatter auf Ihre Kosten betätigen und es wäre Schluss mit Diffamierung und Diskreditierung, wenn man offen seine Meinung sagt.

Dafür stehe ich.

Ihr Jens Maier

Telefon: + 49 151 566 916 13

E-Mail: jens.maier@afd-dd.de

www.alternative-im-bundestag.de

Facebook: <http://facebook.com/alternativeimbundestag>

Spendenkonto:

Wahlkampfkonto Maier

Ostächsische Sparkasse Dresden

IBAN: DE 86 8505 0300 0225 7855 79

BIC: OSDDDE81XXX

Verw.-Zweck: „Spende“ + Ihren Namen und Adresse (für Spendenquittung)

Dr. Frauke Petry

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge



MdL Dr. Frauke Petry

Parteivorsitzende der AfD, Landes- und Fraktionsvorsitzende in Sachsen, Direktkandidatin im Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge

Ich wurde am 1. Juni 1975 in Dresden geboren und bin in der Lausitz bis 1989 aufgewachsen. Anschließend lebte ich in Bergkamen bei Dortmund, wo ich auch mein Abitur ablegte. Das Studium und meine Promotion in Chemie führten mich nach Göttingen und England, bevor ich 2007 mein eigenes Unternehmen in Leipzig gründete. Ich bin Mutter von fünf Kindern. 2013 war ich Mitgründerin der Alternative für Deutschland, in deren Bundesvorstand ich von Anfang an als Bundessprecherin mitarbeitete. Im April 2013 gründete ich gemeinsam mit meinen Mitstreitern den sächsischen Landesverband, dem ich seitdem auch vorstehe. Am 31. August 2014 gelang uns in Sachsen der erste Einzug in einen Landtag, seitdem bin ich auch Vorsitzende der Landtagsfraktion. Im November 2016 hat mich die Partei zu ihrer Direktkandidatin im Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, später auch zur Spitzenkandidatin auf Listenplatz 1 der sächsischen Landesliste gewählt.

Sie mögen sich nun fragen, warum ich als Leipzigerin gerade in der Sächsischen Schweiz für die AfD für den Bundestag kandidiere. Mit dem Kreisverband Sächsische Schweiz-Osterzgebirge verbindet mich seit

Anbeginn ein besonders intensives Verhältnis. Auch wenn wir nicht immer einer Meinung waren und wir uns oft konstruktiv stritten, schätze ich die Bodenständigkeit, den Idealismus und die große Aktivität der Menschen vor Ort. So war es für mich letztendlich nahezu eine Selbstverständlichkeit, für diesen Wahlkreis zu kandidieren, als mich der Kreisverband darum bat, auch wenn andere Kreisverbände mir ähnliche Avancen gemacht haben.

Gemeinsam mit Ihnen möchte ich den Amtsinhaber Klaus Brähmig von der CDU herausfordern. Herr Brähmig gehört dem Bundestag seit mittlerweile 27 Jahren an. Er hat mit Sicherheit viel für die Region getan und trotzdem bin ich der Auffassung, dass auch die Region um Pirna, Dippoldiswalde, Sebnitz, Freital und Altenberg frischen Wind im Bundestag benötigt. Die CDU ist maßgeblich für die Krisen und Probleme im Land verantwortlich. Ob die fehlgeleitete Eurorettung, das Asylchaos, die Entdemokratisierung unseres Landes im Zuge der Souveränitätsabgaben in Richtung Brüssel, die überstürzte Energiewende oder die Abschaffung der Wehrpflicht – all diese Fehlentwicklungen wurden unter Merkels Kanzlerschaft in den letzten zwölf Jahren maßgeblich vorangetrieben und stellen unser Land vor gigantische Herausforderungen. Wer aber will schon die Lösung der Probleme denen zutrauen, die diese Probleme erst geschaffen haben?

Unsere Gesellschaft verändert sich – vor allem in den letzten Monaten in rasender

Geschwindigkeit, ohne dass das Volk hierzu befragt worden wäre, geschweige denn zugestimmt hätte. Die politische Elite regiert am Volk vorbei. Und wer meint, dass die Konsequenz aus „Merkel muss weg“ sein könnte, „Schulz muss ins Kanzleramt“, der macht den Bock zum Gärtner. Schulz hat in den letzten Jahren auf europäischer Ebene alle Fehlentwicklungen aktiv mitbetrieben. Von ihm haben wir nichts Besseres zu erwarten.

Die Alternative für Deutschland hingegen hat einen völlig anderen Politikansatz, als die aktuell im Bundestag vertretenen Parteien, die sich inhaltlich kaum noch unterscheiden. Mittelpunkt unserer Forderungen ist der selbstbestimmte Bürger, der weder staatliche Bevormundung noch Verbote benötigt. Wir möchten, dass der Bürger seine Stimme nicht nur alle 4 Jahre zum Wahltermin abgibt, wie einen Mantel an der Garderobe, sondern auch zwischen den Wahlen seine Stimme in Form von Volksentscheiden und Volksbegehren auf Bundesebene erheben kann, wie es der erste Punkt unseres Grundsatzprogrammes auch vorsieht.

Für dieses Vorhaben und auch für unsere weiteren Ideen, die sich in unseren Programmen widerspiegeln, möchte ich für Sie im Bundestag die Stimme erheben. Dafür brauche ich Ihre Unterstützung.

Ihre Frauke Petry



Frauke Petry zur Klartextrunde in ihrem Wahlkreis

Christoph Neumann

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Leipzig 1

Demokratiedefizit in Deutschland und Verkehrsprobleme in Leipzig – ein Resultat von Ideologie statt Vernunft

Sehr geehrte Wählerinnen und Wähler,

mein Name ist Christoph Neumann (52) und ich bin Leipziger. Von Beruf bin ich Dipl.-Ing.-Päd. für Maschinenbau und ich arbeite als Unternehmer.

Ein Sprichwort sagt: die erste Generation pflanzt den Baum, die zweite pflegt ihn, die dritte genießt den Schatten. Wir haben in den letzten Jahren vergessen, nachhaltig zu denken, sondern nur in Wahlperioden gedacht und somit langfristige Aufgaben aus den Augen verloren.

Die Demokratie, egal, ob sie in einer Republik oder in einer parlamentarischen Monarchie gelebt wird, halte ich für die beste Herrschaftsform. Wir als souveräner Staat haben aber immer noch ein Grundgesetz, welches am 12. 04. 1949 von den alliierten Siegermächten genehmigt wurde. Es ist an der Zeit, dass sich das deutsche Volk endlich selbst eine Verfassung gibt. In dieser Verfassung soll der Grundgedanke von Volksentscheidungen bei grundsätzlichen und weitreichenden Entscheidungen verbindlich festgeschrieben sein. Ein Staat und seine Organe, die durch eine echte Verfassung legitimiert sind, besitzen bei allen Menschen eine höhere Wertschätzung. Meiner Meinung nach sollten sich alle Deutschen, die echtes Interesse an einer Demokratie haben, an der Ausarbeitung einer Verfassung beteiligen. Dieser Prozess wird sich über Jahre hinziehen. Im Ergebnis einer offenen Diskussion steht die Entscheidung für eine Kanzlerrepublik wie sie gegenwärtig existiert, für eine Präsidentialrepublik, wie in Frankreich, oder für eine parlamentarische Monarchie, wie in Großbritannien.

Die Spaltung unserer Gesellschaft halte ich für das größte Demokratieproblem. Dabei meine ich nicht Trennung in „Gut und Böse“, sondern den Generationenkonflikt; also Jung gegen Alt. Bei vielen gegenwärtigen Demonstrationen und Kundgebungen kann man dies beobachten. Bei der friedlichen Revolution von 1989 liefen alle gemeinsam, vom Rentner bis zum Kleinkind, und brachten den maroden Staat zu Fall. Veränderungen zum Positiven gelingen nur, wenn die Belange aller Altersgruppen berücksichtigt werden. Lösungen müssen in den Parlamenten gefunden werden und nicht im Straßenkampf. Sofern wir uns in absehbarer Zeit

nicht wieder an die Normen der Höflichkeit, der gegenseitigen Wertschätzung und der Achtung der erarbeiteten Werte sowie der erbrachten Lebensleistung zurückbesinnen, sehe ich gewalttätige Auseinandersetzungen auf unser Land zukommen. Dies ist eine reale Gefahr für unsere Demokratie. Erbrachte Lebensleistungen bedeuten nicht nur 40 Jahre Arbeitsleben, sondern auch der erfolgreiche Schul-, Berufs- oder Studienabschluss mit dem anschließenden Start ins „Steuerzahlerleben“.

Verkehrskonzept für Leipzig

Im Bundestag wird Deutschland-, Europa- und Weltpolitik betrieben. Kommunalpolitik wird im Stadtrat beschlossen. Trotzdem beeinflussen die Entscheidungen der Abgeordneten im Staatsparlament das Leben in Leipzig. Ein Punkt, der mir am Herzen liegt, ist die Verbesserung der Infrastruktur in meiner Heimatstadt. Ich bin viel gereist und kenne viele Länder Europas, insbesondere Mittel- und Osteuropa. In anderen vergleichbar großen Städten wie Leipzig konnte ich beobachten, wie diese Städte ihre Verkehrsprobleme lösen. Frei von Ideologie werden alle Verkehrsteilnehmer paritätisch bedacht. Die Hauptverkehrsadern bestehen pro Richtung aus Fußweg, Radweg, Parkbuchten, Straßenbäumen, zwei Fahrspuren und dem separaten Gleisbett für die Tram. Somit kann jeder selbst entscheiden, wie er sich fortbewegen möchte.

Leipzig mit derzeit knapp 600.000 Einwohnern, eine Stadt die in zehn Jahren auf 700.000 Bewohner angewachsen sein wird, benötigt dringend eine adäquate Verkehrsinfrastruktur. In den 1970er Jahren entstand weltweit der Gedanke, den Verkehr über Ring- und Radialstraßen zu bündeln und somit reine Wohngebiete vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Als absolut effektiv haben sich die Straßenkonzepte bewiesen, die alle Fortbewegungsmittel einbeziehen. Das beste Beispiel ist in Leipzig die Prager Straße. Diese Allee wurde nach dem Konzept der Verkehrspolitischen Leitlinien (Stadtratsbeschluss 12/1992) umgebaut. Die Prager Straße hat selbst zu Stoßzeiten keine Großstaus und die Tram wird auf ihrer Trasse nicht an einer freien Fahrt gehindert. Diese Leitlinien galten bis zum Jahr 2003



Christoph Neumann

und wurden dann in den Folgejahren zielgerichtet „modifiziert“. Hätte es seitdem keine ideologisch geprägte „Stauplanung“ gegeben, könnten in alle acht Himmelsrichtungen leistungsfähige Chausseen existieren. Würden diese acht Radialstraßen auch noch durch zwei Ringstraßen ergänzt, ergebe dies ein spinnennetzartiges Verkehrskonstrukt. Bei dieser Variante ist dann keiner gezwungen, über das Zentrum z. B. von Nordwest nach Südwest zu fahren, sondern könnte kraftstoff- und zeitsparend den Stadtbezirk via Ringstraße wechseln.

Die AfD-Stadtratsfraktion hat am 21. 10. 2016 mit einer Presseerklärung und parallel mit einem Sachantrag an den Stadtrat dieses Thema wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Inhalt: ein zeitlich begrenztes Gremium soll mit Fachexperten aus der Verkehrsbranche sachbezogen und ideologiefrei ein Konzept erarbeiten, das allen Leipzigern und seinen Gästen das Leben mit dem Verkehr erleichtert. Weniger Stau bedeutet mehr Lebensqualität und Gelassenheit. Auch wenn dieser Vorschlag vom Stadtrat verworfen wurde, wird die AfD im Informationsaustausch mit den Wirtschaftskammern und Organisationen an diesem Thema weiter arbeiten. Als Abgeordneter und Leipziger werde ich diesen Gedanken „Mobilität“ für alle unterstützen. *Ihr Christoph Neumann*

Spendenkonto: Leipziger Volksbank
IBAN DE97 8609 5604 0347 1695 87

Benjamin J. Przybylla

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Zwickau



Benjamin J. Przybylla

Ich bin seit 2002 verheiratet, ebenso lang selbstständig im Garten- und Landschaftsbau und wohne seit 2006 in Sachsen. Unser Betrieb hatte in der letzten Saison 8 Angestellte und einen Auszubildenden im dritten Lehrjahr beschäftigt.

Als Unternehmer kenne ich die Probleme, an denen dieses Land krankt, besser als diverse „Experten“ und „Politikwissenschaftler“, die tagein tagaus in den Medien wiederkauen, was ihnen von überbezahlten Ideologieproduzenten aufbereitet wurde. Eines von vielen Beispielen hierfür ist die sogenannte „Energiewende“. Seit ihrem Beginn macht die Ideologisierung dieses für uns lebenswichtigen Themas jede sachliche Diskussion darüber zunichte. Der Wunsch, man könne eine Industrienation mit dem betreiben, was man „erneuerbare Energien“ nennt, gilt bereits als derartig edle Gesinnung, dass jeder Zweifel am Gelingen oder an der Sinnhaftigkeit dieses Schildbürgerstreichs als Ketzerie gilt.

Das gleiche Verhalten beobachten wir täglich beim Thema Einwanderung, die spätestens seit dem Jahr 2015 zur Masseneinwanderung geworden ist. Hier werden unablässig nebensächliche Themen bearbeitet, um sich vor notwendigen Grundsatzentscheidungen drücken zu können. Die etablierten Parteien haben in

den letzten Jahrzehnten konsequent verinnerlicht, dass es dem Machterhalt wesentlich dienlicher ist, eben keine Entscheidungen zu treffen und Entwicklungen stattdessen lieber auszusitzen, um politisch möglichst unbeschadet aus ihnen hervorzugehen.

Je dringender aber ein Thema der (vor allem Ideologie-) freien Erörterung bedarf, desto dichter vermint ist das Gelände, das man als Kritiker derzeitiger Fehlentwicklungen betritt. Eine zutiefst undemokratische Praxis, die in ihren Grundzügen bereits alle Merkmale einer sich im Aufbau befindenden Diktatur in sich trägt und zu Ärger und Wut bei Bürgern führt. Aus diesem Grunde bedarf es einer starken inner- und außerparlamentarischen Opposition, die diesen Zuständen auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen den Kampf ansagt. Es bedarf einer Alternative zum politisch-medialen Komplex, der dieses Land an den Rand des Abgrunds geführt hat.

Mein Wunsch, an dieser lebensnotwendigen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Wende mitzuwirken, hat mich zur Alternative für Deutschland geführt. In ihr sehe ich die letzte parteipolitische Möglichkeit, unser Land vor einer üblen Zukunft zu bewahren. Mein Hauptaugenmerk liegt hierbei auf dem Gebiet der (regionalen) Versorgungssicherheit. Die Hintanstellung nationaler Interessen zugunsten der EU hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Abhängigkeitsverhältnisse in der Grundversorgung auch dort entstanden sind, wo sie unnötig waren und sind.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Verteidigung unserer Freiheitsrechte. Während man die Sicherheitslage unseres Landes Tag für Tag mehr und mehr durch das völlig verantwortungslose Zulassen unkontrollierter Einwanderung belastet, beschneidet man gleichzeitig unsere Rechte, indem man vorgibt, uns mit mehr Überwachung, dem Einsatz privater oder halbprivater Sicherheitsdienste und der angedachten Einschränkung von Rede-, Informations- und Versammlungsfreiheit vor genau den Gefahren schützen zu wollen, die man mit der eigenen Politik (an

der man zudem nichts zu ändern gedenkt) selbst geschaffen hat.

Unsere grundlegende Opposition ist auch deswegen lebenswichtig für unser Land, weil die sogenannten „etablierten Parteien“ einen Weg eingeschlagen haben, der uns mehr und mehr in die Isolation führt und (völlig berechtigten) Unmut bei unseren Nachbarländern auslöst. Als Victor Orban vom „moralischen Imperialismus“ sprach, hat er den Nagel damit auf den Kopf getroffen. Nicht vergessen werden dürfen die gefährlichen und hässlichen gesellschaftlichen Experimente, durch die man unser Land und unsere Gesellschaft seit Jahren aushöhlt und die jetzt an einem Punkt angelangt sind, an dem ihr zerstörerisches Potenzial offen zutage tritt: Gender Mainstreaming, Frühsexualisierung, „liberale“ Drogenpolitik, Sprachverstümmelung etc.!

Wir müssen zurückfinden auf den Weg des gesunden Menschenverstandes, unsere Entscheidungen müssen wieder Resultate logischer Denkprozesse werden. Das Tun und Handeln der Politik darf nicht mehr bestimmt werden von ideologischen Utopien realitätsfremder Gesellschaftsingenieure. Vor uns liegt eine Aufgabe von historischer Wichtigkeit. Die Zukunft wird zeigen, wie wir dieser Aufgabe gerecht werden.

Benjamin J. Przybylla



Der Zwickauer Kandidat bei der Arbeit

Detlev Spangenberg

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Nordsachsen

AfD-Wahlkreis-Kandidat MdL Detlev Spangenberg in Krostitz (Nordsachsen) am 15. Mai 2017

Im Rahmen seiner Vorstellungsreihe als Direktkandidat der Alternative für Deutschland im Landkreis Nordsachsen (WK 151) stellte sich Detlev Spangenberg den Fragen von Unternehmern und Bürgern am 15. Mai 2017 in Krostitz.

Organisiert wurde die Veranstaltung vom Vorstandsmitglied Carsten Scheufler in Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden des KV Nordsachsen Ralph Olenizak und seinem Stellvertreter Volker Wauter.

Die Diskussion betraf alle gesellschaftlichen Probleme, die uns die sogenannten etablierten Parteien seit Jahren eingebracht haben und weiterhin beschere werden.

Innere Sicherheit, ausufernde Bürokratie, das Totschweigen der AfD-Politik durch die Presse, was zum scheinbaren Einlenken der CDU insbesondere bei der Sicherheitspolitik führte: alles wurde sachlich und deutlich diskutiert. Auch wurden Fragen zur AfD selbst und parteiinternen Angelegenheiten gestellt, wie auch zu Wahlergebnissen und Zukunftsaussichten.

Spangenberg machte wiederholt klar, dass Versprechungen der CDU nur bis zum 24. September 2017 gelten werden. Danach werde die Multi-Kulti-Politik mit all ihren

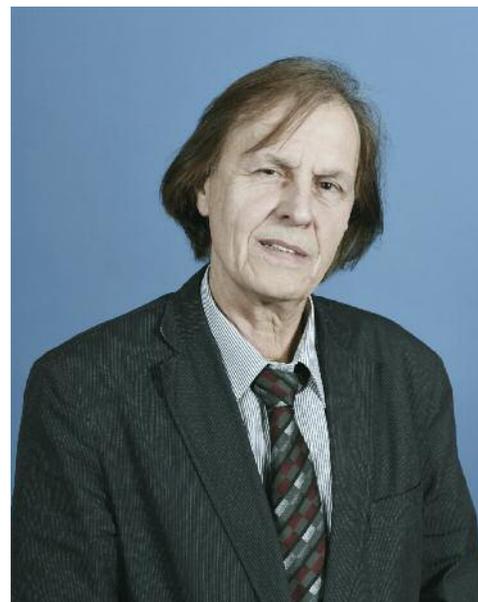
kriminellen Auswüchsen für die Gesellschaft, das Verschleudern von Volksvermögen und der Abbau der Demokratie weitergehen. Wenn wir etwas verändern wollen, dann müssen wir jetzt unser demokratisches Recht wahrnehmen und für unsere Überzeugungen zur Wahl gehen.

Wenn er in den Deutschen Bundestag gewählt wird, so Spangenberg, würde er sich gern in den Ausschüssen mit den Themen Soziales, innere Sicherheit, Bildung oder Arbeit engagieren, um dort für die Bürger Verbesserungen erreichen zu können.

Der Vorsitzende des KV Nordsachsen Ralph Olenizak wies noch einmal eindringlich auf die Bedeutung von Wahlbeobachtern hin und warb für eine Kontrolle der Stimmenauszählung am Wahltag. Viele Teilnehmer trugen sich daraufhin in die Liste für Wahlbeobachter ein, um diese Funktion am 24. September 2017 zu übernehmen.

„Wir können es schaffen und wir müssen es schaffen!“, so das Credo Spangenberg als Schlusswort, „wir sind es unserem Land schuldig“.

Ralph Olenizak



MdL Detlev Spangenberg

Veranstaltungshinweise

- **15. Juni 2017, 19 Uhr**
Demo „Zeit für Veränderungen“
in Oschatz
- **22. Juni 2017, 19 Uhr**
Demo „Zeit für Veränderungen“
in Torgau
- **Montag, 24. Juli 2017**
Wahlkampfauftritt mit
Beatrix von Storch und BTW-Kandidat
Detlev Spangenberg
in Delitzsch

www.afdnordsachsen.de



MdL Detlev Spangenberg in Krostitz (Nordsachsen) am 15. Mai 2017



LANDESVERBAND SACHSEN

Karsten U. Teubner

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Erzgebirgskreis



Karsten U. Teubner

Nach der Wahl zum Direktkandidaten für den Erzgebirgskreis hatte bereits im Januar der Wahlkampf begonnen. Es gab vielfältige Auftritte, angefangen bei einem Bürgerstammtisch mit gerade einmal 11 Gästen, über eine Podiumsdiskussion mit den Direktkandidaten der anderen Parteien – perfekt organisiert von einem regionalen Wirtschaftsverband, sowie vielen weiteren gut besuchten Vortrags- und Diskussionsrunden in verschiedenen Orten des Erzgebirgskreises. Mein besonderer Dank gilt dabei den Gastwirten, die uns trotz Gegenwind aus dem linken Lager ihre Lokalitäten geöffnet haben.

Das Ganze wäre jedoch nichts geworden, wenn nicht einige engagierte Mitglieder aus unserem Kreisverband mit viel Einsatz und Zeitaufwand bei der Organisation, beim Verteilen der Flyer und für einen reibungslosen Ablauf der Wahlkampfauftritte Verantwortung übernommen hätten. Mein aufrichtiger Dank daher an die tatkräftige Mannschaft im Erzgebirge!

Da zieht man nun – gleich einem Wanderprediger – über das Land, hält seinen Vortrag, gelegentlich auch mit einem Mitstreiter aus den anderen Wahlkreisen und diskutiert anschließend ausgiebig mit den interessierten Bürgern über Themen, die unter den Nägeln brennen. Das klingt einfacher, als es dann wirklich ist, denn nicht auf jeden individuellen Sachverhalt kann man qualifiziert antworten.

Wahlkampf mit dem Thema „Diäten“

Die Themenbreite der Diskussionen erstreckt sich auf alle Bereiche der Tagespolitik, es geht oft um den internen Dissens bei der AfD, es geht um die Themen: innere Sicherheit, Migration, Rente, soziale Ungerechtigkeit, mehr oder weniger Staat, kommunalpolitische Sachverhalte, bis hin zu ganz individuellen persönlichen Lebensgeschichten.

Dabei kommt es nach meinem Empfinden nicht darauf an, dass man nun auf alles eine befriedigende Antwort geben könnte. Vielmehr geht es darum, dass wir dem Bürger Wertschätzung entgegenbringen und uns die Zeit nehmen, seine Probleme und Sorgen überhaupt anzuhören. Ich frage mich immer wieder: Welche andere Partei ist bereit und in der Lage, die Diskussion in dieser Form, mit offenem Visier, „mit dem Gesicht zum Volke“ überhaupt so aufrichtig zu führen?

An den Menschen, die uns da besuchen kommen, kann man gut erkennen, wie fragmentiert unsere Gesellschaft bereits ist. Man erlebt Leute, die bewegen sich auf einer Bandbreite von totaler Resignation bis hin zu grenzenloser Naivität, es gibt Zeitgenossen, die genau zu wissen meinen, was wir wie zu machen hätten, ohne sich selbst auch nur ein Stück weit einzubringen. Es gibt viele, die wollen etwas bewegen, wissen aber nicht wie. Man trifft auch Menschen, die machen uns Mut, die kommen im Anschluss zu einem und sagen: „Herr Teubner, das haben Sie gut gemacht. Halten Sie durch!“ Einhellig zu erkennen ist der Wille zu einem politischen Wandel. Die Menschen merken, dass sich unser Land auf einem Weg befindet, der in einen Abgrund führt. Gleichzeitig haben sie das Vertrauen in politische Parteien schon lange weitestgehend verloren. Diese Erkenntnis ist nicht neu.

Seit ich 2014 als politischer Neuling in die Kommunalpolitik gegangen bin, habe ich immer deutlicher festgestellt, dass es nur um eines geht: um Geld, um die Umverteilung unserer Steuergelder. Über die Verteilung von Geld wird Politik gemacht. Dabei geht es bei vielen Politikern zunächst um die eigene Versorgungssicherheit, dann um die eigene Klientel, und erst danach um Wähler bzw. Volk.

Ich habe mir die Frage gestellt, wie ich vor diesem Hintergrund glaubwürdig sein kann, wie ich das Vertrauen der Wähler ge-

winnen kann, ohne mit falschen und teuren Versprechen noch mehr Steuergeld umzuverteilen. Ich kann die etablierte Parteienpolitik nicht als Alternative in Frage stellen, wenn ich selbst ebenso üppige Zahlungen unter dem klangvollen Namen „Diäten“ annehme.

Glaubwürdigkeit beginnt damit, dass, wenn ich „Wasser“ predige, auch „Wasser“ trinken muss. Ich kann doch nicht über Steuern entscheiden, wenn ich genau aus diesen Steuern einen üppigen Betrag an meine private Börse ausbezahlt bekomme. Deshalb bleibt mein persönliches Wahlkampfthema: Die Diäten werden bis auf einen Selbstbehalt in Höhe des Mindestlohnes jeden Monat als Batzen an eine andere erzgebirgische Familie mit Kindern abgeliefert. (Allein die steuerfreie Aufwandsentschädigung wäre ausreichend, um den tatsächlich anfallenden Aufwand eines Bundestagsabgeordneten angemessen zu finanzieren.) Ich erreiche damit zwei Dinge:

Erstens Kann ich aus der eigenen bescheidenen Macht heraus ein für unser Gemeinwesen immanent wichtiges Thema befördern: Wir brauchen mehr Kinder, mehr eigenen Nachwuchs, um den Fortbestand unseres Volkes langfristig zu sichern.

Zweitens erfülle ich ein klares, abrechenbares Versprechen zum konkreten Nutzen meiner Wähler, auch wenn alles andere Tun im Parlament vergeblich sein sollte.

Karsten U. Teubner



Gelebte Tradition: Teubners Schreibtsch

Ulrich Oehme

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Chemnitzer Umland

Ich habe die typische Biographie eines Ostdeutschen: behütet aufgewachsen in Karl-Marx-Stadt, 3 Jahre Dienst in der NVA und Studium an der Bergakademie Freiberg. 1986 begann mein Berufsleben als junger Ingenieur. Ich wurde Abteilungsleiter im Rohrwerk Chemnitz und bemerkte sehr schnell, an welchem Abgrund sich unser Staat damals befand. Die Parallelen zur heutigen Zeit sind unübersehbar. Andersdenkende hießen früher „Konterrevolutionäre“, jetzt heißen sie „Pack“ oder „Nazi“. Um eine demokratische Veränderung herbeizuführen, trat ich im Oktober 1989 dem „Neuen Forum“ bei und unterstützte es aktiv. Die Zeit in dieser Bürgerbewegung war unglaublich spannend. Der runde Tisch als Möglichkeit der Mitsprache der Bevölkerung war ein Erfolg. In den 90iger Jahren widmete ich meine Zeit meiner Familie und dem Aufbau meiner Maklerfirma für Versicherungen.

Seit 1989 haben wir uns gebetsmühlenartig anhören müssen, daß Deutschland überaltert und wir einen demografischen Wandel einleiten müssen. Zwei Jahrzehnte passierte in der Förderung junger Familien und dem Schutz des ungeborenen Lebens nichts. Die Altparteien zeigten überdeutlich, dass sie keine Antworten und Lösungen haben und sich selbst nicht reformieren können. Schulz und Junker machten Luxemburg, Irland, Zypern u.a. zu Steueroasen des Großkapitals. Als 2013 die AfD gegründet wurde, war ich

sofort aktiv. Die Themen EURO-Rettung, EU mit Tendenz zur UdSSR, Genderwahn, Frühsexualisierung unserer Kinder und Enkelkinder, total verfehlte Energiepolitik, fehlende Familienpolitik und später die Russland-sanktionen bewegten mich sehr. Mir war klar, dass mit der AfD eine politische Macht entstand, die in unserem Vaterland Veränderungen erreichen würde. Der Elan und die Tatkraft der Mitglieder begeistert mich noch heute. Ich glaube, es gibt keine weitere Partei in unserem Land, die mit solch aktiven Mitgliedern gesegnet ist. Es ist immer wieder spannend, wenn in Mitgliederversammlungen kontroverse Themen diskutiert werden. Am Ende sind sich dann doch alle einig, dass es nur im gemeinsamen Handeln gelingen wird, unsere Themen auch umzusetzen.

Hier im Wahlkreis 163 haben wir ein Wahlkampfteam mit 15 festen Mitgliedern, die die verschiedensten Aufgabenbereiche haben. Alle Mitglieder sind berufstätig und leisten Ihre Arbeit in der Freizeit. Wir haben uns viel vorgenommen. So werden wir bis Juni mindestens ein Mal in jedem der 38 Gemeinden einen Bürgerdialog in einer Gaststätte durchführen. Von Juli bis September werden wir täglich im Wahlkreis unterwegs sein. Um uns diese Aktivitäten zu erleichtern, haben wir einen Spendenaufruf für den Kauf eines Wahlkampfmobils gestartet. Höhepunkte werden die geplanten drei Großveranstaltungen in Stollberg, Limbach-Oberfrohna und Burgstädt mit prominenten Gästen sein.



Ulrich Oehme

Neben unserer Chefin Dr. Frauke Petry haben wir schon die Zusagen von Prof. Schachtschneider (u. a. Kläger am Bundesverfassungsgericht gegen das Finanzstabilisierungsgesetz) und Prof. Bauch (Soziologe mit Schwerpunkt demografischer Wandel und Einwanderungspolitik). Weitere Überraschungsgäste verraten wir vorerst nicht. Liebe Leser, wir haben als AfD ein riesiges Problem. Das sind die Medien. Uns stört weniger, dass wir in Artikeln oder Sendungen schlecht wegkommen, nein, uns stört, dass wir totgeschwiegen werden. Uns bleiben also hauptsächlich die sozialen Medien, wie Webseiten und Facebook. Wenn Sie sich über Veranstaltungen im Wahlkreis informieren möchten, dann finden Sie unter <https://www.facebook.com/ulrich.oehme.official/> oder <http://ulrich-oehme.de> einen Veranstaltungskalender. Ich freue mich auf Ihren Besuch auf diesen Seiten, mehr jedoch freue ich mich über ein persönliches Gespräch mit Ihnen am Wahlkampfstand. Wenn Sie uns unterstützen möchten, spenden Sie bitte auf das unten genannte Konto. Bitte vergessen Sie nicht, auf dem Überweisungsträger Name und Adresse anzugeben, damit wir Ihnen eine Spendenquittung ausstellen können.

Ulrich Oehme



Ulrich Oehme hilft im Schweriner Landtagswahlkampf

AfD-Kreisverband Erzgebirge
IBAN: DE90 8705 4000 0725 0174 81
Verwendungszweck: WK 163 Oehme

Siegbert Droese

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Leipzig 2



Siegbert Droese, frisch wiedergewählter Kreischef in Leipzig

Ich will mein Land zurück!

Liebe Leipziger und Sachsen,

Siegbert Droese; Angestellter; 47 Jahre; verheiratet und Direktkandidat im Wahlkreis 153/Leipzig II.

Ich möchte wieder in einem Land leben, in dem der mittlere und kleine Unternehmer, der Unternehmer, der vor Ort Arbeit schafft, nicht länger von EU-Verordnungen und Bürokratie erdrückt wird. Ich möchte wieder in einem Land leben, in dem der deutsche Arbeiter von einem gerechten Lohn leben kann – und zwar den gesamten Monat. Ich möchte wieder in einem Land leben, in dem die politische Führung das Recht achtet und nicht wie die aktuelle Bundesregierung, hunderttausende von Migranten, ohne jede Rechtsgrundlage, in unsere Heimat hereinbittet. Die Nation, die das eigene Recht missachtet, ist dem Untergang geweiht.

Als verheirateter Familienvater und Christ sehe ich mit großer Sorge die Zukunftschancen der eigenen Kinder und der deutschen Jugend allgemein in höchster Gefahr. Ja, ich möchte diese Gefahr abwenden. Ich möchte, dass unsere Kinder in Freiheit und in einem gerechten Deutschland ihre Zukunft gestalten können. Ich möchte, dass wir Deutschen gut geschützt in einem florierenden Deutschland leben können. Dafür setze ich mich

persönlich als stellvertretender Landeschef der AfD in Sachsen ein. Und dafür kämpfe ich. Der Kern unserer Politik sind die Interessen Deutschlands und der Menschen, die hier leben.

Gerade in meiner Vaterstadt Leipzig schmerzt mich die linksextreme Szene mit ihren Deutschlandfeindlichen Parolen. Ich empfinde diese Verunglimpfungen so, als seien sie direkt an mich gerichtet. Solange ich zurückdenken kann, war ich immer tief und leidenschaftlich mit unserem Land und seiner Geschichte verbunden. Ich liebe Deutschland.

Wir haben leider nicht nur offenen, anti-deutschen Rassismus unter uns, nein, auch in weiten Teilen der alten politischen Klasse sind vergleichbare Reflexe zu beobachten. Jüngst definierte die Kanzlerin den Begriff Volk erschreckend neu. Merkel: „Das Volk ist jeder, der in diesem Land lebt“. Diesem Irrweg treten wir entschieden entgegen. Das deutsche Volk besteht naturgemäß aus Deutschen. Für uns zählt auch in Zukunft unser gutes Grundgesetz, hierin wird in Artikel 116 klar definiert, wer Deutscher ist.

Die alte politische Klasse vertritt immer weniger die Interessen des deutschen Volkes. Sie macht sich zum Vorreiter eines europäischen Superstaates, vergleichbar mit der untergegangenen Sowjetunion. Orchestriert wird diese Politik in den Untergang von führenden Eurokraten wie

Frans Timmermans. Der Vizepräsident der europäischen Kommission gibt ganz unumwunden zu: „... monokulturelle Staaten auszuradieren“. Wir setzen dagegen, die derzeitige EU zurückzuführen zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Nationalstaaten. Unser Ziel ist ein souveränes Deutschland, das die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger garantiert, ihren Wohlstand fördert und seinen Beitrag zu einem friedlichen und prosperierenden Europa leistet.

Das Target-2-System als Verrechnungsstelle der EURO-Staaten, hat für Deutschland zu einem unglaublichen hohen Saldo von derzeit rund 800 Mrd. Euro geführt. Forderungen, die alles andere als sicher sind und für den deutschen Steuerzahler ein elementares Risiko darstellen. Das Ausfallrisiko ist höher als der zweieinhalbfache Bundeshaushalt pro Jahr. Die unverantwortliche suprastaatliche EURO-Rettungspolitik führt unweigerlich in den volkswirtschaftlichen Abgrund. Sie verstößt gegen so ziemlich alle gegebenen Versprechen der alten politischen Klasse. Versprochen wurde „niemals eine Haftung Deutschlands für Fremdschulden“ zuzulassen. Mit uns wird eine Vertiefung der Schuldenunion unmöglich.

Im Gegenteil: wir fordern, das Experiment EURO geordnet zu beenden sowie eine Volksabstimmung über den EURO und unseren Verbleib in der EURO-Zone.

Siegbert Droese

So können Sie mich erreichen:

Telefon: +49 (0) 175/97 25 795

E-Mail: siegbert.droese@afdleipzig.de

Facebook:

www.facebook.com/siegbert.droese.afd

Spendenkonto:

Wahlkampfspendenkonto

Siegbert Droese

IBAN: DE58 8609 5604 0337 1695 89

BIC: GENODEF1LVB

Verwendungszweck: „Spende“ + Ihren Namen und Adresse (für Spendenquittung)

Politik für unsere Heimat und die Menschen, die hier leben!

Carsten Hütter

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Meißen



MdL Carsten Hütter

Die christliche Kirche fürchtet um ihren Einfluss. Die etablierten Parteien ebenso. Das ist nicht nur in Sachsen so, sondern in ganz Deutschland.

Dass diese Furcht nicht unbegründet ist, lässt sich an den sinkenden Mitglieder- und Unterstützerzahlen bzw. Wählern ablesen. Weil an dem Einfluss auch eine hohe staatliche Alimentation hängt, besteht ein nachvollziehbarer Grund zur Sorge – bei den Betroffenen.

Da kam das 500. Jahr der Reformation gerade recht. Der 36. Deutsche Evangelische Kirchentag konnte so – im Wahljahr 2017 – besonders aufwendig in „Szene gesetzt“ werden. Mit mehr als 2.000 Veranstaltungen wurde das diesjährige Jubiläum vom 24. bis 28. Mai in Berlin und Wittenberg dann auch aufwendig gefeiert. Man konnte sich präsentieren, sehen und gesehen werden. Insofern stimmte der Slogan der Veranstaltung „Du siehst mich“ durchaus. Merkel, Schulz und Co. fanden eine Bühne, sich im Windschatten des ehemaligen Präsidenten der USA, Barack Obama, schon einmal für den Wahlkampf warmzulaufen, mit Spendengeldern und auf Steuerkosten.

Bundespräsident Steinmeier konnte in gewohnter Form vor der „Zersetzung der Demokratie“ warnen, die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Margot Käßmann, vor „Arierparagrafen“ und „deutschen Eltern“. Solche Aktionen werden den Zusammenhalt in un-

Leitkultur und Islam passen nicht zueinander, Herr de Maizière!

serer Gesellschaft sicher nicht stärken. Nun kann man einwenden, dass ja auch die AfD ihre Bühne auf dem Kirchentag erhielt. Schließlich wurde Anette Schultner, Sprecherin der Christen in der AfD, eingeladen und konnte mit dem Landesbischof Markus Dröge auf einer Podiumsdiskussion Argumente austauschen.

Selbstverständlich! Die Möglichkeit dieses Austausches ist anzuerkennen und positiv, das möchte ich als Katholik und kirchenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag hier ganz klar herausarbeiten. Was aber nicht sein kann, ist, dass Vertreter der AfD immer wie Bittsteller behandelt werden, denen man sich gnädig zuwendet. Nein, der Austausch mit der AfD sollte eine Selbstverständlichkeit sein – nicht nur auf dem Kirchentag, sondern generell.

Wenn sich die Kirche in politische Fragen mehr einmischen darf als eine Partei, die in der Hälfte aller deutschen Länderparlamente vertreten ist, dann stimmt etwas nicht.

In einem Interview anlässlich des Kirchentages sagte Innenminister de Maizière, dass es gut und richtig sei, wenn sich die Kirche in grundsätzliche politische Fragen einmische, das betreffe nicht nur ethische Fragen, „wie Beginn und Ende des Lebens“, sondern auch asylpolitische, wie das Aufnehmen und Abschieben von Flüchtlingen. Die Einmischung sei hier „gut und richtig“, auch wenn ihn der Inhalt „nicht immer freue“, so de Maizière.

Die Politik mit zweierlei Maß, die der Innenminister immer wieder an den Tag legt, spottet jedem Demokratieverständnis. Stets wird betont, dass die „Stärkung der Demokratie das beste Anti-Extremismus Programm ist“. Wenn die Bürger aber mehr Mitbestimmungsrechte einfordern, ist es gerade die CDU, die am härtesten blockt.

Sie traut den Bürgern nicht zu, über ihre Belange selbst zu entscheiden und sie will es auch nicht. Womöglich würde sonst noch klar werden, dass es eben nicht die politischen „Eliten“ der Konsensparteien sind, die die Weisheit über das Volk bringen. So wie es einst klar wurde, dass es nicht die kirchlichen Würdenträger sind, die einer breiten Bevölkerungsschicht den Wohlstand sichern. Die Trennung von Kirche und Staat hat seitdem eine entsprechende Entwicklung ermöglicht. Die meisten, denen das bewusst

ist, wollen nicht in das dunkle Zeitalter davor zurück. Das ist auch der Grund, warum eine große Zahl an Bürgern nicht zulassen will, dass ein rückwärtsgewandter und politischer Islam in Deutschland Einzug hält. An dieser Erkenntnis kam auch der Kirchentag nicht vorbei und bot ebenso Islam-Kritikern ein Podium, die selbst Muslime sind. Dass der Prophet im eigenen Land nicht viel gilt, wurde an dieser Stelle wieder einmal überdeutlich. Das, was aus dem Munde der AfD nur „Hetze“ und „Angst schüren“ bedeutet, ist an anderer Stelle durchaus diskussionswürdig.

Wenn man dem etwas Positives abgewinnen will, dann, dass die AfD hier den Weg des offenen Diskurses überhaupt erst möglich macht. Sie bricht die „Political Correctness“ auf und sorgt für Kontroversen. Sie macht damit das, was für die positive Entwicklung des Landes stets wichtig war: Sie wagt es, unangenehme Fragen zu stellen und den Finger in die Wunde zu legen.

Es geht schließlich um die Freiheit und Souveränität der Bürger. Es geht um unsere Traditionen und Rechtsgrundsätze – das ist der Kitt unserer Gesellschaft, nichts anderes.

Wenn der Innenminister nun betont, dass „ein aufgeklärter europäischer Islam auch der Kitt der Gesellschaft ist“, dann lenkt er von dem eigentlichen „Kitt“ unserer Gesellschaft ab. Würde er das ernst meinen, wäre das nämlich nichts weiter als das Eingeständnis, dass unser „Kitt“, unsere Leitkultur, selbst nicht mehr in der Lage ist, unser Land zusammenzuhalten.

Als Direktkandidat der AfD im Kreis Meißen möchte ich, und da spreche ich sicher für die gesamte Partei, dass jeder der in unser Land kommt, sich an unsere Regeln hält.

Ich möchte nicht, dass uns der Pfarrer sagt, welche Partei wir zu wählen haben, noch will ich, dass die christliche Religion grundsätzlich schlecht geredet wird, wie es leider viele LINKEN-Politiker machen.

Wenn ich sage, dass unsere Leitkultur und der Islam nicht zueinander passen, dann möchte ich nicht den Dialog mit anderen Meinungen verhindern. Ich möchte aber etwas aussprechen können, das ich in meiner Heimat als selbstverständlich erachte, ohne dafür angefeindet zu werden.

Carsten Hütter, Sicherheits- und Kirchenpolitischer Sprecher

Lars Herrmann

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Leipzig-Land

Der Landkreis Leipzig ist keine Erbpacht der CDU!

Die Menschen wollen nicht nur neue Gesichter, sondern sie wollen eine neue Politik. Ich bin im März 2013 in die AfD eingetreten, weil ich es nicht mehr ansehen konnte, dass sich die Bundesregierung in unverantwortlicher Weise für eine Politik zur finanziellen Rettung des bankrotten Griechenland entschieden hat.

Werteverfall, Gender, Globalisierung, EU-Erweiterung, Finanz- und Staatsschulden sowie Flüchtlingskrise. Wenn mich später einmal meine Kinder fragen sollten, was ich dagegen getan habe, möchte ich ihnen mit gutem Gewissen eine Antwort geben.

Und genau diese Fragen zum Umgang mit unseren Steuergeldern für Griechenland sowie für die vielen illegalen Migranten werde ich im Wahlkampf meiner Mitbewerberin von der CDU, Frau Landgraf, stellen. Ich bin jetzt schon gespannt, ob sie sich damit herausredet, dass sie nicht alle Entscheidungen der Bundesregierung mitgetragen habe. Wir brauchen endlich wieder glaubwürdige und ehrliche Vertreter des Volkes. Es gilt, die Vertreter der etablierten Parteien von den Trögen wegzuzerren und diese nicht etwa selber zu besetzen, sondern trocken zu legen. Opferbereitschaft, Gemeinnutz vor Eigennutz und eigene Be-

findlichkeiten im Sinne unserer Sache zurückstellen. Nur so können wir es schaffen, die Macht an das Volk zurückzugeben. Wir dienen dem Wohle des deutschen Volkes, einer Schicksalsgemeinschaft, die sich als Nation zusammengeschlossen hat und nicht etwa einer beliebigen Masse oder zufälligen Ansammlung.

Die Mitglieder meines Kreisverbandes haben mir versprochen, dass sie mich im Wahlkampf aktiv unterstützen werden. Dafür bin ich sehr dankbar. Denn ohne diese Unterstützung ist es nicht möglich, einen Wahlkampf zu führen, mit dem anspruchsvollen Ziel, die bisherige Direktkandidatin aus dem Bundestag zu vertreiben. Es wäre ein tolles Ergebnis, wenn ich neben unserer Spitzenkandidatin Dr. Frauke Petry ein weiteres Direktmandat in Sachsen erringen könnte.

Für den Wahlkampf habe ich mir neben den üblichen Aktivitäten wie Stammtische, Bürgergespräche und Plakatwerbung noch einige Besonderheiten ausgedacht, die ich aber an dieser Stelle noch nicht verraten möchte. Sonst wäre der Überraschungseffekt vorbei; jedenfalls sollte sich Frau Landgraf (CDU) schon jetzt warm anziehen.

Als Polizeioberkommissar der Bundespolizei verstehe ich etwas von der Inneren Sicherheit. Deshalb werde ich im Bundestag



Lars Herrmann

meinen Arbeitsschwerpunkt auf dieses Gebiet legen. Egal, ob bei der Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern oder dem Umgang mit nordafrikanischen Intensivstraf Tätern, gern erkläre ich dem Innenminister praktische Lösungsansätze. Nicht aufgrund von Zeitungsberichten oder TV-Reportagen, sondern aus eigener, oftmals leidlicher Erfahrung. Die AfD ist die einzige Partei, die glaubwürdig für eine Veränderung steht und in der Lage ist, das verstaubte Parteienkonglomerat der repräsentativen Demokratie in Deutschland aufzubrechen. Die AfD ist ein Paradebeispiel von gelebter Demokratie und Bürgerbeteiligung an der politischen Willensbildung. Nicht etwa Berufspolitiker, sondern normale Bürger aus die Mitte der Gesellschaft haben sich aufgemacht, ihr Vaterland zu retten, weil die Altparteien dazu nicht mehr in der Lage sind. Im Gegenteil, diese haben die Misere selber heraufbeschworen. Alkoholranke Betrüger mit zweifelhafter Berufsausbildung und jahrzehntelanger fürstlicher Alimentierung aus Steuergeldern sind von den wirklichen Problemen, Sorgen und Nöten der Bürger genau so weit entfernt, wie China von der Pressefreiheit. „Damit der Staat dem Bürger dient“ war als großes Spruchband über einem unserer ersten Infostände 2013 zu lesen. Lasst uns dies gemeinsam genau so umsetzen und zwar so schnell als möglich!

Lars Herrmann



Lars Herrmann mit Familie

Prof. Heiko Hessenkemper

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Mittelsachsen

Die AfD und die Medien

Es gab einmal eine Zeit, da wurden die Medien respektvoll als „vierte Gewalt“ bezeichnet. Lang ist es her. Heute hat ein großer Teil der Printmedien, des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens sich den Ruf als Lügenmedien hart erarbeitet und verteidigt diesen Ruf zäh. Wichtige Teile der sogenannten Mainstream-Medien sind Teile eines politisch-medialen Komplexes geworden, der inzwischen so eklatant die Interessen der Bürger verletzt, dass es fast schon obszön ist. Die Flüchtlingskrise hat eine langjährige Entwicklung nur offenkundig gemacht.

Was ist geschehen? Aus der Achtundsechziger Bewegung kamen mit internationaler Vernetzung politische Strömungen wie der Multi-Kulti-Irrsinn auf. Diese haben durch einen sehr erfolgreichen Marsch durch die Institutionen nicht nur in den Leitungsebenen der Medien, sondern auch in Verbänden, Vereinen, politischen Parteien bis in die Ministerialbürokratie sich wie ein Krebsgeschwür ausgebreitet. Unterstützt wurde dies durch eine spezielle Entwicklung: Die sehr starke Konfrontation junger Leute in der Schule während der Prägungsphase mit den unsäglichen Naziverbrechen. Dadurch war eine Identifikation mit der eigenen Gruppe, mit der Nation, extrem erschwert. Diese fehlende Identifikation ist weltweit wohl einzig und hat fast krankhafte Züge angenommen. Externe Interessen innerhalb Europas und der USA haben dies unterstützt. Niemand hatte Interesse nach der Wiedervereinigung und dem Zerfall des Ostblocks an einem starken Deutschland. Die innere Zersetzung ist ein probates Mittel hierfür, was in amerikanischen Denkfabriken, z. B. in dem Konzept der Migrationswaffe, mündete. Wem unsere Politiker hörig sind muss nicht extra erwähnt werden. Was sind die medialen Mittel: Unterdrückung von Informationen, tendenziöse Darstellung von Informationen, Falschmeldungen. Damit ist der Kern zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit gelegt: Ohne Informationen ist eine echte Meinungsbildung nicht möglich. Am Beispiel der Flüchtlingskrise ist dies sehr offensichtlich geworden: Vermeidung der



Prof. Heiko Hessenkemper

Vollkostendarstellung, falsche Darstellung der Arbeitsmarktsituation, der Krankheitsgefährdung, der Kriminalität, des Werte- und Normenverfalls bis in die Justiz herein, um nur einige Aspekte zu nennen.

Personen, die diese Informationen aussprechen oder diskutieren wollen, werden inzwischen existenziell bedroht bzw. sollen durch Kampagnen eingeschüchert werden. Der letzte Schritt der Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Dies ist nur noch als faschistoid zu bezeichnen. Die „vierte Gewalt“, die Fehlentwicklungen korrigieren sollte? Die Medien sind ein wesentlicher Aspekt des Problems.

Die Strukturen: Deutsche Druck und Verlagsanstalt. 100 % Tochter der SPD, Eigentümerin einer Anzahl mittelgroßer Zeitungen bzw. Beteiligungen und Rundfunksender. Private Investments wie die Medienunion (Eigentümerin z. B. Süddeutsche Zeitung, Freie Presse, Rundfunksender), Spiegel Verlag oder die legendäre Bertelsmann-Stiftung, deren Auftragsgutachten immer wieder für Erheiterung sorgen. Solche Studien sagen z. B., dass uns jeder Migrant 72.000 EUR netto bringt. Leider ist unser Vorschlag nicht aufgegriffen worden, das Griechenland-Problem dadurch zu lösen, alle Migranten dort zu lassen.

Was ist zu tun? Wie oben gezeigt. Lächerlich machen bzw. nicht mehr ernst nehmen, zumal meist das intellektuelle Niveau sehr dürftig ist. Sich breit anders informieren, auch im Internet, solange die aufkommende Zensur dies noch ermöglicht. Insbesondere: Dort treffen, wo es am meisten weh tut, beim Geld. Abonnement und Anzeigenkündigung und auf Medien ausweichen, die zumindest versuchen, neutral zu berichten. Das wirkt und bestärkt die Journalisten, die noch versuchen, eine ordentliche Arbeit zu leisten. Während die Hauptmedien zweistellige Abonnementkürzungen haben, sehen Zeitungen wie die „Junge Freiheit“ zweistellige Zuwachsraten. Das Problem der öffentlich-rechtlichen Medien kann nur politisch gelöst werden. Die AfD in Regierungsverantwortung wird auf Landesebene den Rundfunkstaatsvertrag kündigen. Mit 8 Milliarden Euro/Jahr haben wir eh das teuerste System der Welt, und dies noch als links-grüner Propaganda-Apparat. Damit wird auch das Geifern dieses Systems gegen die AfD nachvollziehbar.

Ich hoffe, wir können die mediale Konditionierung der Bürger überwinden, insbesondere im Westen. Dies ist ein entscheidender Aspekt, um unser Land zurückzugewinnen, und ich hoffe, dass wir dazu noch genügend Zeit haben.

Heiko Hessenkemper

Karsten Hilse

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Bautzen 1

Karsten Hilse und der „Integrationsgipfel“

Der Kreisverband Bautzen ist schon im Januar mit einer Vielzahl von Veranstaltungen in den Vorwahlkampf eingestiegen. Eine erste kreisweite Runde mit Saalveranstaltungen zur Vorstellung des AfD-Programms schlossen wir im April ab. So hatte jeder Bürger die Möglichkeit, unseren Direktkandidaten zur BTW – Karsten Hilse – in der Nähe seines Heimatortes kennenzulernen.

Neben den Veranstaltungen zum AfD-Programm führen wir Informationsabende zu den Themen Flüchtlingskrise, Innere Sicherheit, Direkte Demokratie, Russland-sanktionen, Bargeldabschaffung, Energiewende, Bildung usw. durch. In einem neuen Vortrag stellt Karsten Hilse seit Mai den Themenkomplex „Integrationsgipfel/Impulspapier“ zur Diskussion.

Dieses Thema wird von den etablierten Parteien bei aller Brisanz weitestgehend „unter dem Radar“ und somit fast unmerklich von der Bürgerschaft abgehandelt. Die etablierten Parteien, von LINKE bis CDU, wollen Deutschland endgültig verändern. Unter Führung der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung – Aydan Özoguz – sind dazu zwei gravierende Schritte unternommen worden.

Zum einen wurde ein „Impulspapier“ der Migrantenorganisationen „zur Teilhabe“ entworfen. In diesem Impulspapier fordern die Migrantenorganisationen u. a. folgendes:

- Die Schaffung eines Rechts auf Einwanderung und Verankerung im Grundgesetz. Damit könnte es dazu kommen, dass zukünftig Kritik an der Zuwanderungspolitik der Regierung, besonders jener Politik, welche illegal über Flüchtlingsströme und Asylverfahren umgesetzt wird, gesetzswidrig würde.
- Die Einführung von Migrantenquoten für Führungspersonal in Justiz, Polizei, Behörden usw. Damit würde eine Interessenverlagerung der Führungsebenen der Gesellschaft weg von den Interessen der deutschen Bürger, „welche schon länger hier leben“, zu jenen, die per Dogma von Herrn Schäuble und Co. eine Bereicherung für Deutschland darstellen, erfolgen. In diesem Zusammenhang forcieren die

Grünen und die Linken auch die Ausweitung des Wahlrechtes für Ausländer.

- Massive finanzielle Unterstützung der Migrantenverbände (vorrangig muslimische). Wie immer soll im Rahmen solcher Projekte dafür gesorgt werden, dass möglichst viele Steuergelder für die Versorgung von Klientelvertretern bereitgestellt werden und somit die Wirkungsfähigkeit dieser Minderheitenverbände im Vergleich zu den Organisationen der noch bestehenden Mehrheitsgesellschaft unverhältnismäßig gesteigert wird.

Zum Zweiten hat die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD einen Leitfaden mit ähnlichen Forderungen erstellt. Eine Sichtweise auf die neu zu konstruierende Gesellschaft und den neu zu schaffenden Menschen (ganz nach den Maximen der Sozialisten der DDR) wird im folgenden Satz von Frau Aydan Özoguz deutlich: „Das Zusammenleben in unserer Gesellschaft soll jeden Tag neu ausgehandelt werden“. Dazu passt ihre Auffassung, dass es ja eine deutsche Kultur „im eigentlichen Sinne“ gar nicht gebe, woraus man schließen darf, dass Sie dann an dieser Stelle auch nichts erhaltenswertes sieht.

In besonderer Betonung der aus fremden Kulturkreisen – insbesondere dem moslemischen – nach Deutschland drängenden Menschen gibt es fortgesetzte Bemühungen unserer aufgeklärten und humanistischen Werte, wie Gleichberechtigung und persönliche Freiheit, Religionsfreiheit, Trennung von Staat und Kirche usw. zu relativieren. Selbst Gedanken, die Sharia – als zu unserer Rechtsprechung gleichwertig – anzusehen, werden in diesen Kreisen unter „Vergessen“ der Opfer, welche der Kampf der europäischen Aufklärer in den vergangenen Jahrhunderten gekostet hat, salonfähig. Und nicht zuletzt sollen deutsche Kultur, Traditionen und Lebensweise fremden, teilweise mittelalterlichen und intoleranten Kulturen, Traditionen und Lebensweisen gleichgestellt werden.

Frau Özoguz und viele ihrer Kumpane steuern völlig ungeniert einen Kurs der Bevorteilung ihrer eigenen Klientel – die sie offensichtlich nicht in dem Teil der Bevölkerung sieht, welcher schon seit mehreren tausend Jahren dieses Land urbar gemacht und kultiviert hat. Diesen Kurs einer scheinheiligen SPD, welche ihre Wurzeln in der deutschen Arbeiterschaft vergessen hat und einen Ausverkauf von deren Interessen



Karsten Hilse am 1. Mai 2017 Bautzen

betreibt, machen wir den Bürgern bewusst. Die wahltaktischen Manöver der Wendehals-CDU, welche nichts mehr auf Patriotismus und Bewahrung der nationalen Grundlagen unseres sehr erfolgreichen deutschen Gesellschaftsmodells gibt, werden wir den Bürgern ebenfalls vor Augen führen. Auch aus den anderen Parteien werden wir viel Luft raus lassen.

Neben unseren Saalveranstaltungen sind wir zu diesem Zweck seit dem 1. Mai mit unserem Blaudruck im Kreis unterwegs und stellen uns den Bürgern zur Diskussion. An den Reaktionen der Bürger auf den Marktplätzen, aber auch bei Fahrten, wie unserer Tour zum Herrentag durch das Lausitzer Oberland, erfahren wir viel Zuspruch und sehen, dass der Bedarf an einer Alternative für Deutschland ungebrochen ist. Heimatverbundene Menschen setzen ihre Hoffnung und ihr Vertrauen in uns. Sie fordern uns aber auch direkt und unmissverständlich dazu auf, uns auf einen wichtigen Teil des Dreiklangs unserer Nationalhymne zu besinnen. Sie erinnern uns daran, dass wir Recht und Freiheit nicht ohne Einigkeit bekommen.

Das Volk kann oder will sich nicht immer viel Zeit für eingehende politische Analysen nehmen. Es hat aber ein Herz, welches am rechten Fleck schlägt und trägt die Wahrheit auf der Zunge.

Darauf können wir vertrauen.

Karsten Hilse

Nico Köhler

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Chemnitz

Am 11. März 2017 wurde ich als Direktkandidat für den Bundestagswahlkreis Chemnitz (Wahlkreis 162) von den Mitgliedern des Chemnitzer AfD-Kreisverbandes gewählt und möchte mich Ihnen vorstellen:

Mein Name ist Nico Köhler, ich bin 40 Jahre jung und lebe seit meiner Geburt in Chemnitz. Ich bin verheiratet und wohne mit meiner Frau und unseren 3 Kindern im Chemnitzer Stadtteil Reichenbrand.

Ich bin ausgebildeter Kaufmann im Groß- und Außenhandel und Inhaber einer Marketingagentur.

Die AfD unterstütze ich als Mitglied des Vorstandes im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und als IT- & Social-Media-Verantwortlicher. Des Weiteren trage ich die Blaue Post und AfD-Flyer aus, arbeite im Bürgerbüro und unterstütze bei der Vorbereitung und Ausrichtung von Veranstaltungen.

Als Patriot bin ich seit Beginn in Einsiedel aktiv und halte regelmäßigen Kontakt zu Bürgerbewegungen. Ich bin ein Konservativer und das ist auch gut so, denn es muss einen politischen Wechsel geben, bevor unser Deutschland und unsere Werte weiter den Bach hinuntergehen.

Als wichtiges gesamtdeutsches Thema liegt mir vor allem die Kinder- und Familienpolitik am Herzen. Wir müssen unsere einheimischen Familien wieder unterstützen und fördern, denn nur so können wir unsere Kultur, Sprache und Identität mittel- und

langfristig sichern. Des Weiteren schaffen wir damit wieder eine starke Solidargemeinschaft und sichern auch für kommende Generationen eine Absicherung im Rentenalter. Kinder-, Familien- und Altersarmut müssen in unserem Land endlich der Vergangenheit angehören. Wir brauchen wieder eine Willkommenskultur für Kinder und die damit verbundene Unterstützung hiesiger Familien – wir brauchen keine Zuwanderung. Unsere Kinder müssen vor der Frühsexualisierung geschützt werden und ich bin für eine Abschaffung des Gender-Mainstream-Wahnsinns.

Ein weiteres wichtiges Thema ist für mich die Sicherung unserer Grenzen und der Stopp der – als Flüchtlingspolitik getarnten – Zuwanderungs- bzw. Einwanderungspolitik. Hierzu gehören eine Verstärkung der Bundespolizei und die Wiedereinführung der Grenzsicherheit bis hin zur sofortigen Abschiebung von abgelehnten und straffälligen Asylbewerbern. Wir haben in den letzten Tagen wieder leidlich erfahren müssen, dass Einheimische sexuell belästigt, körperlich misshandelt und beraubt wurden. Diese ausländischen Täter gehören sofort abgeschoben, denn sie haben damit ihr Gastrecht bei uns verwirkt. Bei all diesen Themen ist es sehr wichtig, dass ich die Meinung der Mitglieder des Kreisverbandes in Berlin mit einbeziehe. Selbstverständlich werde ich in regelmäßigen Abständen von der Arbeit im Bundestag berichten.



Nico Köhler

Zu meinen ehrenamtlichen Tätigkeiten gehören die aktive Mitgliedschaft im Baulinchen e.V. Gröna und die Betreuung der Facebookseiten der Chemnitzer Ortsteile Gröna und Mittelbach. Auf Grund der Betreuung dieser Facebookseiten pflege ich einen regelmäßigen Kontakt zu Vereinen in Rabenstein, Siegmars, Reichenbrand, Stelzendorf, Mittelbach und Gröna. Als sachkundiger Einwohner bin ich Mitglied im Betriebsausschuss der Stadt Chemnitz und unterstütze des Weiteren die Arbeit der AfD-Stadtratsfraktion im Chemnitzer Rathaus. Ich stehe jederzeit als Ansprechpartner für die Menschen vor Ort zur Verfügung und setze mich für die Lösung ihrer Probleme ein.

Durch diesen direkten Kontakt mit den vielen Menschen vor Ort erfahre ich in den Gesprächen, was den Menschen auf dem Herzen liegt und unter den Nägeln brennt. Und es ist an der Zeit, dass endlich wieder die Meinung der Bürger in die Politik eingebracht wird.

Das ist Demokratie, das sind unsere Grundwerte, dafür steht unsere Alternative für Deutschland und dafür stehe ich.

Wir als Alternative für Deutschland haben am 24. 9. 2017 die Möglichkeit, in den Deutschen Bundestag einzuziehen und endlich wieder Politik für den Bürger zu machen. Dazu gehört natürlich, dass wir als geschlossenes Team diesen Wahlkampf gestalten, denn nur so können wir das Vertrauen der Bürger und Wähler gewinnen.

Nico Köhler



Nico Köhler bei der Aufstellungsversammlung

Tino Chrupalla

Direktkandidat der AfD für den Wahlkreis Görlitz und Vorsitzender des Kreisverbandes Görlitz



Tino Chrupalla

Meine sozialen Rollen als Malermeister, Unternehmer, Familienvater und deutscher Bürger meisterte ich bislang ohne große Probleme – bis ich mich durch die immer dramatischer werdenden Zustände in unserem Land im Jahr 2015 gezwungen sah, politisch aktiv zu werden. Ich konnte und wollte nicht länger tatenlos dabei zusehen, wie unser Land mutwillig heruntergewirtschaftet wird. Auch der sichtbare Leidensdruck meines Umfelds zwang mich zur Tat. Meine politischen Ziele haben sich aus der Reflexion meiner persönlichen Erfahrungen in diesen unterschiedlichen Lebensbereichen entwickelt.

Die höchste Priorität hat für mich der Erhalt einer lebenswerten Heimat für uns und unsere Nachkommen. Daraus ergeben sich sämtliche meiner politischen Ziele.

Ich kämpfe gegen die „Verspargelung“ unserer schönen Landschaft und gegen die Abholzung von Wäldern; strangulierende Vorschriften aus Brüssel, die unsere Geschäfte behindern und unsere Wirtschaft zugrunde richten (Russlandsanktionen und EU-Regulierungs- und Zertifizierungswahn); Psychoterror durch Gender-Mainstreaming und Infragestellung der Rolle von Mann, Frau und Familie; undemokratische Einflussnahme auf politische Prozesse durch Lobbys, NGOs und Be-

ratungsinstitute; Zwangsabgabe GEZ-Gebühr; Bürgerschaft deutscher Steuerzahler und Rentner für die Rettung internationaler Großbanken; Totalüberwachung durch ausländische Sicherheitsdienste.

Ich kämpfe für den Erhalt des deutschen Handwerks und des dualen Ausbildungssystems; die Rückgewinnung ländlicher Regionen als attraktiven Lebensraum mit Zukunftsperspektive für junge Menschen, Familien und Senioren; die Behebung des Ärztemangels im ländlichen Raum; die finanzielle Entlastung von Familien; die Stärkung der Regionalwirtschaft und mittelständischer Betriebe durch Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone; die wirksame Bekämpfung von Grenzkriminalität; mehr Demokratie mittels Volksabstimmungen; die Vermittlung gesunder Werte und einer gesunden, kulturellen Identität an unsere Kinder; konsequente Abschiebung krimineller Migranten; sofortigen Aufnahmestopp für Wirtschaftsflüchtlinge; mehr Mitspracherecht bei Entscheidungen, die langfristige Konsequenzen für die Lebensqualität der Bürger in unserem Land haben, wie zum Beispiel dem Zuzug von Migranten; den Erhalt und die Pflege des kulturellen Erbes und der deutschen Sprache; Eindämmung medialer Denunziation und Hetzjagden auf Individuen und ganze Bevölkerungsgruppen.

Zur Stärkung der regionalen Wirtschaft hat der KV Görlitz in einem ersten Schritt grenzüberschreitende Mittelstandstreffen in Prag und Breslau durchgeführt, die jeweils auf großen Anklang stießen. Bei einer Informationsveranstaltung zu den Russlandsanktionen am 24. 1. 2017 konnten sich unsere Mitglieder einen genauen Überblick verschaffen, in welchem Umfang die Sanktionen der Wirtschaft unserer Region schaden. Beim politischen Aschermittwoch nahm ich die wunderliche Wiederkehr der Inquisition und der Hexenjagd aufs Korn, und spielte damit auf das Meinungsklima in Deutschland und innerhalb unserer Partei an. Bereits beim Kreisparteitag am 25. 2. 2017 in Görlitz hatte ich in meiner Rede „Seid einig!“ die Wichtigkeit des inneren Zusammenhalts unserer Partei hervorgehoben und meine Zuhörer an das berühmte Zitat Otto von Bismarcks erinnert: „Wenn die Deutschen zusammenhalten, dann schlagen sie den Teufel aus der Hölle.“

Am 4. 3. 2017 beteiligte ich mich an der Demonstration gegen die Schließung des Bombardier-Werkes in Görlitz, am 3. 4. 2017 hielt ich meine erste Wahlkampfreden in Bad Muskau. Für April und Mai haben wir Experten zu wahlkampfrelevanten Themen eingeladen. Die Termine und nähere Informationen finden Sie demnächst auf der Homepage des KV Görlitz.

Tino Chrupalla



Demonstration gegen die Schließung des Bombardier-Werkes am 4. 3. 2017 in Görlitz

Der Blaue Brief



Processus dolet – ein peinlicher Vorgang

In Hamburg hängt man an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr das Bild des Namensgebers ab, weil er eine Wehrmachtsuniform trägt. Ein kafkaesker Vorgang – und ein Skandal. Im rosaroten Opportunistenreich der Ursula von der Leyen, die schon gerne mal von „Säuberungen“ spricht, damit aber eine alles niederwalzende politische Überkorrektheit meint, ist nichts mehr sicher, was auch nur den kleinsten braunen Rostfleck der Geschichte trägt. Dabei vergessen sie und ihre Subalternen, dass es auch im Nationalsozialismus immer drei Seiten der menschlichen Medaille gab. Es gab jene, die es sich in diesem System bequem machten, es bis zum Schluss verteidigten. Andere bekamen späte Zweifel, trotz anfänglicher Begeisterung. Viele standen von Anfang an in Opposition, fügten sich dennoch ein in die Diktatur, ohne ihre humanistischen Werte zu verraten.

Wahrscheinlich gehört von der Leyen zu jenen Rechthabern und Besserwissern, die mit dem Abstand vieler Jahrzehnte großmäulig meinen, man hätte es doch besser machen können. Von Anfang an erkennen müssen, was da in den zwölf Jahren von

Hitler auf Deutschland zukam. Damit spricht sie allerdings Schmidt einen Reifeprozess ab, der ausschlaggebend für den späteren Bundeskanzler war. Gerade der Altkanzler in der Offiziersuniform der Wehrmacht ist ein Beispiel dafür, wie Menschen sich entwickeln, Fehler begehen, sie erkennen und begradigen. Wenn er nicht den Deutschen zeigen soll, dass man auch unter einer schlechten Sache sein Ich bewahren kann, wer dann? Die Art der Bundeswehrführung, mit ihrer Geschichte umzugehen, unterscheidet sich nicht vom ideologisch getriebenen Hass auf alles Fremde, Unbotmäßige, vermeintlich Inkompatible in diktatorischen Systemen.

Der Wahn dürfte, denken wir die Sache logisch zu Ende, irgendwann auch vor Stauffenberg nicht mehr Halt machen. Wenn das Haubitzenröschen beim Einschlafen kurz nachdächte, welchen Identitätsstifter der Deutschen sie noch über die Klinge gehen lassen könnte, dürfte sie erst recht nicht mehr vor dem Hitler-Attentäter zurückschrecken. Stauffenberg war ein Anti-Demokrat, der, so der britische Historiker Richard J. Evans, an zukunftsweisenden politischen Gedankengut „nichts zu bie-

ten“ hatte. „Als Vorbild für künftige Generationen“ sei er „schlecht geeignet“. Sein Versuch, Hitler zu töten, Stauffenbergs Wunsch nach Frieden und einem Ende der Judenverfolgung, dürften nun nach Lex von-der-Leyen jedoch nichts mehr gelten. Stauffenberg war Offizier der Wehrmacht. Das sollte inzwischen für eine Verbannung in die Mottenkiste schon reichen. Ein gruselige Gedanke.

Drehten die Geschichts- und Interpretationspolizisten im Verteidigungsministerium jeden Stein aller Namensgeber von Bundeswehrkasernen und -einheiten um, fänden sie wohl überall noch ein übrig gebliebenes Staubkorn aus einer Zeit, in der die Wehrmacht viele Offiziere hatte, die dem Nationalsozialismus mit Abscheu begegneten und erkannten, dass sie einem Verbrecher dienten. Die diese Erkenntnis nutzte und einen Reifeprozess starteten, der bei von der Leyen und Vertretern im Kommiss irgendwann stecken geblieben ist.

Der Säuberungskurs der Ministerin ist damit nichts weiter als ein Kniefall vor dem Zeitgeist – eine entgleiste, politische Opportunität.

Hinweis:

Die Blaue Post ist auch als PDF-Download verfügbar: www.blaue-post.de



Weitere aktuelle Informationen über die AfD-Sachsen erhalten Sie im wöchentlich erscheinenden Web-Magazin „AfD Sachsen Aktuell“, erhältlich über www.afdsachsen.de.

Dort können Sie sich auch in den Newsletter der AfD-Sachsen eintragen.

Folgen Sie uns auch bei:



AfD Sachsen Facebook

<https://www.facebook.com/Alternative.fuer.Deutschland.Sachsen/>



AfD Sachsen Twitter

https://twitter.com/afd_sachsen



AfD Sachsen YouTube (Landesverband)

https://www.youtube.com/channel/UCvTP3QVVF_o_r_sUwHKAvA

www.afdsachsen.de

Impressum

Blaue Post Nr. 9
Juni 2017

Herausgeber:

AfD-Landesverband Sachsen
Presse- & Öffentlichkeitsarbeit
Ostraallee 35 · 01067 Dresden
Tel.: 03 51/65 67 64 33 · Fax: 03 51/65 67 64 35
blauepost@afdsachsen.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Dr. Thomas Hartung

Auflage: 300.000
Erscheinungsweise: Quartalsweise

Fotonachweise:

Privat: S. 15 – S. 31
Pressestelle der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag: Titel Fotomontage, S. 1, S. 2, S. 3 Fotomontage (oben), S. 3 unten, S. 4, S. 5, S. 6, S. 7, S. 8, S. 10, S. 11 (oben), S.13, S. 14
Archiv: S. 11 (unten), S. 12 (unten), S. 14 (unten)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinngemäß zu kürzen. Jeglicher Nachdruck

von Fotos, Zeichnungen und Artikel, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Die Blaue Post erscheint normalerweise vier Mal im Jahr. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt

dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.